**Mündliche Anfragen
gemäß § 47 der Geschäftsordnung
des Niedersächsischen Landtages**

Hannover, den 10.02.2016

1. Unterrichtsversorgung unklar, Schulsozialarbeiterstellen monatelang unbesetzt - Erschweren Verzögerungen im Kultusministerium die Integration von Flüchtlingskindern in den Schulen?

Abgeordnete Kai Seefried, Karin Bertholdes-Sandrock, André Bock, Clemens Lammerskitten, Ulf Thiele und Astrid Vockert (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 21. Januar 2016 hat Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) im Landtag eingeräumt, dass noch keine geprüften Daten zur Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen zum Stichtag 15. September 2015 vorliegen. Als Grund für die Verzögerung nannte sie: „Nicht zuletzt auch aufgrund der umfangreichen zusätzlichen Aufgaben, die im Bereich der Sprachförderung der Flüchtlinge organisiert und koordiniert werden mussten, werden in diesem Jahr zusätzliche Prüfaufwendungen durchgeführt, weshalb die Auswertung etwas länger als in den vergangenen Jahren dauern wird.“ Der von ihr angegebene Wert liege „weiterhin bei voraussichtlich 99,3 % mit der entsprechenden Varianz“.

Kultusministerin Heiligenstadt hat am 15. Dezember 2015 in ihrer Haushaltsrede im Landtag gesagt: „Der Landesregierung ist bewusst, dass die Integration der Flüchtlingskinder und der jugendlichen Flüchtlinge nur gelingen kann, wenn diese in den Schulen auch sozialpädagogisch betreut werden.“ In zwei Tranchen hat der Landtag dem Kultusministerium insgesamt 267 Schulsozialarbeiterstellen zur Unterstützung der Arbeit mit Flüchtlingskindern und jugendlichen Flüchtlingen zur Verfügung gestellt. 100 Stellen hat die Landesregierung erstmals am 8. September 2015 angekündigt, sie waren seit Oktober 2015 über den 2. Nachtragshaushalt verfügbar. Weitere 167 Stellen hätten mit dem regulären Haushalt 2016 zum 1. Januar 2016 besetzt werden können.

Die Kultusministerin hat am 8. Februar 2016, also fünf Monate nach Bekanntgabe, die Ausschreibung von 100 Stellen für Schulsozialarbeiter angekündigt. Zur Ausschreibung oder Besetzung der weiteren 167 Stellen für Schulsozialarbeiter, die seit 1. Januar 2016 bereitstehen, machte die Ministerin in ihrer Pressemitteilung vom 8. Februar 2016 keine Angaben.

- 1. Wie hoch war die durchschnittliche rechnerische Unterrichtsversorgung an den einzelnen Schulformen der allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen im ersten Schulhalbjahr 2015/2016?**
- 2. Wie viele der 267 zusätzlichen Stellen für Schulsozialarbeiter sind inzwischen besetzt?**
- 3. Inwiefern ist der Landesregierung bewusst, dass die Integration von Flüchtlingskindern und jugendlichen Flüchtlingen in den Schulen dadurch erschwert wird, dass diese wegen über mehrere Monate ausbleibender Stellenausschreibungen nicht sozialpädagogisch betreut werden?**

2. „Osmanen Germania“ - Boxclub, Rockergruppe oder kriminelle Vereinigung?

Abgeordnete Marco Brunotte, Frank Henning, Ulrich Watermann, Karl-Heinz Hausmann, Karsten Becker, Michael Höntsch, Bernd Lynack, Petra Tiemann (SPD), Julia Willie Hamburg, Meta Jansen-Kucz, Helge Limburg, Belit Onay und Filiz Polat (Grüne)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In den letzten Jahren gab es immer wieder Auseinandersetzungen zwischen Rockergruppen in Deutschland. Hells Angels, Bandidos und Mongols haben sich Revierkämpfe zur Verteilung von Gebieten sowie legalen und illegalen Geschäften geliefert. Im Jahr 2015 ist eine weitere Gruppierung entstanden, die den etablierten Rockergruppen ihre Reviere streitig machen könnte.

Im April 2015 sollen sich die „Osmanen Germania“ gegründet haben. Sie bezeichnen sich selber als Boxclub und als „eine große Familie für alle verschiedenen ethnischen Gruppen“. Die Gruppe wächst rasant. Nach eigenen Veröffentlichungen haben die „Osmanen Germania“ in Deutschland 2 500 Mitglieder. Weltweit sollen es 3 500 sein. Sie haben Strukturen in Deutschland, der Türkei, Österreich, der Schweiz und Schweden. In Deutschland soll es 20 Gruppen geben. Für Niedersachsen wird eine Gruppe in Osnabrück genannt. Eine weitere Expansion in Deutschland sei geplant.

Die „Osmanen Germania“ werden immer wieder mit den Hells Angels bzw. den Nomads Turkey in Verbindung gebracht. Nach einem Streit über die Aufnahme von Migranten bei den Hells Angels sollen sich die „Osmanen Germania“ gegründet haben. Der ehemalige Hells-Angels-Funktionär und Kriminelle Necati A. wird in Verbindung mit der neu entstandenen Rockergruppe genannt. Über die Medien kam es zu verbalen Auseinandersetzungen beider Rockergruppen (u. a. *Kölner Express* und Südafrika-Portal „Südafrika - Land der Kontraste“). So erklärte Mehmet B. für die „Osmanen Germania“ im Online-Südafrika-Portal: „Die Altrocker haben uns nichts zu sagen.“ In „Gebieten“ der Hells Angels, wie z. B. Neuss und Duisburg, kam es zu Machtdemonstrationen.

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Strukturen und Aktivitäten der Gruppe „Osmanen Germania“ in Niedersachsen?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die „Osmanen Germania“, die sich selbst als Boxclub bezeichnet?
3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Auseinandersetzungen im Rockermilieu durch die Ausbreitung der „Osmanen Germania“ zur Verteilung von Gebieten sowie legalen und illegalen Geschäftsfeldern, bzw. was erwartet sie?

3. Vermögenseinzug von Flüchtlingen durch deutsche Sicherheitsbehörden

Abgeordnete Filiz Polat (Grüne)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht vor, dass Flüchtlinge ihr eigenes Vermögen aufbrauchen müssen, bevor sie staatliche Leistungen beziehen können. Dabei gilt ein gesetzlicher Freibetrag von 200 Euro pro Kopf. In diesem Zusammenhang erklärt Aydan Özoguz (Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, SPD), dass Menschen, die in Deutschland einen Asylantrag stellen, vor der Hilfestellung grundsätzlich ihr Einkommen und Vermögen aufbrauchen müssen (Spiegel-Online vom 21. Januar 2016; <http://gruenlink.de/13mf>).

Laut *Hannoverscher Allgemeiner Zeitung* vom 1. Februar 2016 (<http://gruenlink.de/13ly>) können deutsche Polizisten Flüchtlingen bei der Einreise Bargeld und andere Wertgegenstände wie Goldschmuck abnehmen. Unter den Bundesländern sei diese Regelung allerdings umstritten und werde sehr unterschiedlich gehandhabt. Dem Sprecher des bayerischen Sozialministeriums zufolge würden Asylsuchende im Normalfall befragt und durchsucht. Barvermögen und Wertsachen, die den Wert von 750 Euro übersteigen, könnten sichergestellt werden. In Baden-Württemberg liegt der Selbstbehalt laut dem Bericht mit 350 Euro noch niedriger (Spiegel-Online vom 21. Januar 2016; <http://gruenlink.de/13mf>).

Laut dem niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius gebe es für eine Leibesvisitation allerdings keine Rechtsgrundlage. Dennoch würden auch in Niedersachsen „die einschlägigen Regelungen des bundeseinheitlich geltenden Asylbewerberleistungsgesetzes befolgt“.

Die meisten Bundesländer sehen dies ähnlich und verzichten auf regelhafte Bargeldkontrollen bei der Registrierung in den Erstaufnahmen. Hier wird erst nach Asylantragstellung in den Sozialleistungsstellen nach Vermögenswerten gefragt.

1. **Welche Informationen hat die Landesregierung bezüglich der Praxis des Vermögenseinzugs von Flüchtlingen bei Einreise in die Bundesrepublik Deutschland?**
2. **Werden für den Einzug von Vermögenswerten von Flüchtlingen niedersächsische Landesbeamte und/oder die Bundespolizei eingesetzt?**
3. **Wie schätzt die Landesregierung die rechtliche Lage des Vermögenseinzugs noch vor der Asylantragstellung ein?**

4. **Ist das Klettern im Privatwald erlaubt?**

Abgeordnete Hermann Grupe, Dr. Stefan Birkner, Horst Kortlang, Jan-Christoph Oetjen und Christian Grascha (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 2. Februar 2016 berichtete die *Braunschweiger Zeitung*: „Niedersachsens Agrar- und Forstminister Christian Meyer (Grüne) springt Kletterfreunden zur Seite. Sie sollen im Wald größtmögliche Freiheiten haben - auch gegen den Willen privater Waldbesitzer.“ Im Januar habe das Ministerium in einem Schreiben an Landkreise und Städte dazu angewiesen, die zugrundeliegenden Gesetze und Ausführungsbestimmungen weitreichend auszulegen. In dem Schreiben heiße es beispielsweise, dass die Nutzung, wie z. B. das Klettern, nicht grundsätzlich durch das Aufstellen von Verbotsschildern ausgeschlossen werden könne. Weiterhin wird in dem Zeitungsartikel auf ein Beispiel aus dem Landkreis Wolfenbüttel verwiesen, wo ein Eigentümer die Nutzung seines Waldes zum Klettern aus Naturschutz- und Sicherheitsgründen untersagt habe. Der Landkreis habe diese Haltung mit Verweis auf das Bundesnaturschutzgesetz geteilt.

1. **Auf welchen genauen Inhalten welcher Gesetze und Ausführungsbestimmungen basiert die Haltung des Landwirtschaftsministeriums, dass Personen ein Betretungs- und Nutzungsrecht im Privatwald haben, um beispielsweise Freizeitaktivitäten wie Klettern nachzugehen?**
2. **Sind nach Kenntnis der Landesregierung Haftungsansprüche von Naturnutzern, die sich beim Klettern oder bei sonstigen Aktivitäten im Wald verletzen, gegenüber Privatwaldbesitzern ausgeschlossen, und haben umgekehrt Privatwaldbesitzer einen Haftungsanspruch gegenüber Naturnutzern, die bei ihren Aktivitäten Schäden im Wald anrichten?**
3. **Inwieweit ist nach Auffassung der Landesregierung das Handeln des Landwirtschaftsministeriums in Sachen Betretungs- und Nutzungsrecht im Privatwald dem Ziel zuträglich, in dieser Angelegenheit einen einvernehmlichen Kompromiss zwischen Naturnutzern und Privatwaldbesitzern zu erreichen?**

5. Wie stellt sich die Landesregierung die Integration der Flüchtlinge vor?

Abgeordnete Petra Joumaah und Jens Nacke (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

„Wie stellt sich die Landesregierung die Integration der Flüchtlinge vor?“ Auf diese von der Stadt Bramsche im Zusammenhang mit der Situation in der Erstaufnahmeeinrichtung Bramsche bereits im November 2015 formulierte Frage antwortete das Innenministerium nach mehr als zwei Monaten am 2. Februar 2016: „Die Zuständigkeit für die Integration liegt im Sozialministerium und bei der Integrationsbeauftragten Frau Schröder-Köpf in der Staatskanzlei. Wir haben die Frage an die zuständigen Ministerien weitergeleitet und reichen die Antwort nach.“

Auch auf die Fragen, in welchem Zeitraum Wohnraum entstehen wird und wie die Landesregierung vorgeht, um Ghattobildung zu vermeiden, lautete die Antwort nach mehr als zwei Monaten lediglich: „Die Fragen wurden an das zuständige Sozialministerium weitergeleitet, die Antworten liegen noch nicht vor. Sie werden nachgereicht, sobald sie vorliegen.“

Unterdessen hat Ministerpräsident Weil die Integration der Flüchtlinge als die größte Herausforderung für 2016 bezeichnet.

1. **Welche verbindlichen Verpflichtungen in Bezug auf die Integration der Flüchtlinge geht die Landesregierung im Rahmen des Bündnisses „Niedersachsen packt an“ gegenüber den Kommunen ein?**
2. **In welchem Zeitraum wird Wohnraum entstehen, und wie geht die Landesregierung vor, um Ghattobildung zu vermeiden?**
3. **Sollten sich die Kommunen nach Auffassung der Landesregierung um die Integration von Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten kümmern?**

6. Schränkt das geplante Kulturgutschutzgesetz die Wissenschaftsfreiheit ein, und wird das Sammeln von Mineralien und Fossilien zukünftig noch möglich sein?

Abgeordnete Dr. Gabriele Andretta (SPD)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im November 2015 hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Kulturgutschutzrechts in den Bundestag eingebracht. Mit der Novelle soll erreicht werden, sowohl illegal aus anderen Staaten ausgeführtes Kulturgut effektiv an diese zurückgeben zu können als auch deutsches Kulturgut besser vor Abwanderung in das Ausland zu schützen. Zu diesem Zweck werden alle in musealen und forschungsbezogenen Sammlungen befindlichen Kulturgüter unter Schutz gestellt. Der Gesetzentwurf sieht dabei auch die pauschale Aufnahme von Fossilien als paläontologisches Kulturgut vor, Unterschiede zwischen Archäologie und Paläontologie werden dabei nicht beachtet. In einer gemeinsamen Stellungnahme wenden sich die deutschsprachigen Paläontologischen Gesellschaften gegen diese Neuregelung. Fossilien als erdgeschichtliche Überreste der vormaligen Lebewelt seien millionenfach in industriell genutzten Rohstoffen wie Kohle, Erdöl, Ton, Kreide und Kalkstein vorhanden und würden tagtäglich von natürlicher Verwitterung oder Abbau durch Menschenhand zerstört. Dennoch würden weltweit von Paläontologen und privaten Sammlern viele Fossilien geborgen, die wichtige Hinweise auf die Entwicklung des Lebens und des Klimas liefern. Nur wenige dieser Funde seien aber herausragende Zeugnisse der Evolution und damit besonders schützenswert. Dazu zählten beispielsweise wissenschaftliche „Urmeter“ ausgestorbener Arten von fossilen Pflanzen, Tieren und Pilzen, aber auch von „Ikonen“ der Paläontologie, wie die Exemplare des Urvogels Archaeopteryx oder der „Ur-Pferdchen“. Die Wissenschaftler empfehlen nachdrücklich, ausschließlich die gesetzlichen Regelungen für nationales Kulturgut oder national wertvolles Kulturgut auf paläontologische Funde anzuwenden. Die pauschale Definition von Fossilien als paläontologisches Kulturgut sei unverhältnismäßig und würde die Wissenschafts- und Forschungsfreiheit der in Deutschland sowie international tätigen Paläontologinnen und Paläontologen wie auch die museale Landschaft erheblich einschränken (vgl. Stellungnahme vom 13. November 2015). Darüber hinaus wird kritisiert, dass Mineralien und Fossilien vom Begriff auch

deshalb nicht unter den Kulturgutschutz passten, weil durch die Gesetzesnovelle die Kulturtätigkeit Sammeln bis zur Bedeutungslosigkeit eingeschränkt würde.

1. **Wie bewertet die Landesregierung die Einwände der deutschsprachigen Paläontologischen Gesellschaften die geplanten Neuregelungen des Kulturgutschutzgesetzes, insbesondere die Frage der Definition von paläontologischem Kulturgut (§ 2) sowie des Beschädigungsverbot (§ 18), betreffend?**
2. **Welche Auswirkungen der Neuregelungen der §§ 22, 23 sieht die Landesregierung für die zukünftige Gewinnung von Sammlungsmaterial durch Tausch und Abgabe von Probenmaterial ins Ausland durch naturwissenschaftliche Sammlungen und Forschungsinstitutionen (u. a. im Hinblick auf zusätzlichen Bürokratieaufwand und zur Verfügung stehendes Fachpersonal für die Erteilung der entsprechenden Genehmigungen)?**
3. **Welche Folgen haben die Neuregelungen für die zahlreichen privaten Fossilensammler und Hobbypaläontologen in Niedersachsen? Was darf noch gesammelt werden?**

7. **Selbst ernannte „Bürgerwehren“ in Niedersachsen**

Abgeordnete Helge Limburg, Meta Janssen-Kucz, Julia Willie Hamburg, Belit Onay und Filiz Polat (Grüne)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Seit einiger Zeit wird bundesweit über sogenannte Bürgerwehren berichtet. Diese häufig von Rechtsextremen gegründeten oder gesteuerten Gruppen patrouillieren in der Öffentlichkeit und geben vor, die öffentliche Sicherheit gewährleisten zu wollen. Häufig treten sie im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften auf. Im Dezember 2015 berichtete die Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung der Abgeordneten Brunotte und Dr. Pantazis mit dem Titel „Bürgerwehren vor Flüchtlingsunterkünften in Niedersachsen - welche Erkenntnisse hat die Landesregierung?“ über ihr bekannte Bürgerwehren in Schwanewede, Hildesheim, Hameln und Braunschweig. Die Landesregierung erklärte außerdem: „Den in der Vorbemerkung der Abgeordneten genannten ‚Bürgerwehren‘ und den hieran beteiligten Personen geht es offensichtlich nicht um Hilfeleistungen und Unterstützungshandlungen, sondern vielmehr darum, Flüchtlinge zu diskreditieren, zu verunglimpfen, einzuschüchtern und zu verängstigen. Ebenso geht es ihnen darum, Ängste in der Bevölkerung zu schüren und die positive Haltung zur Bereitschaft, Flüchtlinge in Niedersachsen aufzunehmen und diesen offen zu begegnen, nachhaltig negativ zu beeinflussen.“

Aus diesem Grund ist aus Sicht der Landesregierung das Verhalten der sich an den sogenannten Bürgerwehren beteiligenden Personen in dieser aktuellen Situation als widerwärtig und abscheulich zu bezeichnen.

Die Sicherheitsbehörden in Niedersachsen werden die Entwicklung daher weiterhin genau betrachten und, soweit sich Anhaltspunkte für von den sogenannten Bürgerwehren ausgehende Gefahren oder Straftaten ergeben, konsequent einschreiten.“

Abhängig von der konkreten Handlungsweise können sich Mitglieder von Bürgerwehren strafbar machen. Infrage kommen etwa: § 111 StGB „öffentliche Aufforderung zu Straftaten“, § 127 StGB „Bildung bewaffneter Gruppen“, § 129 StGB „Bildung krimineller Vereinigungen“, § 132 „Amtsanmaßung“, § 185 StGB „Beleidigung“, § 223 StGB „Körperverletzung“, § 240 StGB „Nötigung“ oder auch § 241 StGB „Bedrohung“. So hat die Polizei aus Langelshem beispielsweise laut Aussage der *Goslarschen Zeitung* vom 22. Januar 2016 Ermittlungen gegen die Langelshemer Bürgerwehr wegen Verdachts auf Nötigung und Amtsanmaßung eingeleitet, weil sie eine Frau durch „eigene Ermittlungen“ massiv bedrängt habe.

1. **Hat die Landesregierung mittlerweile über die in der Vorbemerkung genannten Gruppen hinaus Erkenntnisse über „Bürgerwehren“ in Niedersachsen (nicht nur im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften)?**

2. **Hat die Landesregierung Erkenntnisse über Art und Ausmaß der von den oben oder in der Antwort zu Frage 1 genannten Gruppen bislang verübten Straftaten?**
3. **Welchen aktuellen Erkenntnisse hat die Landesregierung über Verbindungen Rechtsextremer zu den oben oder in der Antwort zu Frage 1 genannten Gruppen?**

8. Wie viel Windkraft möchte der Ministerpräsident noch?

Abgeordnete Christian Grascha, Dr. Gero Hocker, Jörg Bode, Hillgriet Eilers, Dr. Stefan Birkner und Christian Dürr (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Ministerpräsident Stephan Weil sagte am 25. Januar im Rahmen eines Windenergie-Gipfels der norddeutschen Ministerpräsidenten in Wismar: „Windenergie hat für Niedersachsen und für die gesamte Energiewende eine hohe Bedeutung - dies gilt sowohl für Onshore, wo wir das stärkste Land sind, als auch für Offshore, wo wir derzeit den größten Zubau erleben. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Weltklimaabkommens von Paris müssen alle Anstrengungen unternommen werden, diese ökologisch wie ökonomisch sinnvollen Energieformen auszubauen. Vor diesem Hintergrund betrachten wir die aktuellen Planungen der Bundesregierung mit Sorge. Sie könnten dazu führen, dass Windenergie ausgebremst wird, schlimmstenfalls könnte es zu einem Fadenriss kommen. Es erscheint mir kurzfristig, die Windenergiebranche in eine Phase der Unsicherheit zu bringen, in der gleichzeitig ein neues Ausschreibungsverfahren eingeführt und neue Ausbauziele definiert werden. Niedersachsen wird sich gemeinsam mit den anderen norddeutschen Ländern intensiv dafür einsetzen, dass Windenergie in Deutschland eine sichere und gute Zukunft hat.“

1. **Inwiefern hilft nach Ansicht der Landesregierung die Errichtung von Onshore- und Offshore-Windkraftanlagen, das Klima zu retten?**
2. **Sieht die Landesregierung eine Obergrenze für Windkraftanlagen in Niedersachsen, und, wenn ja, bei welcher Menge?**
3. **Wie viele Windkraftanlagen möchte die Landesregierung in Niedersachsen haben, und wie viel EEG-Umlage würde diese Anzahl den Verbraucher kosten?**

9. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über den Osnabrücker Verein „Volkshilfe e. V.“?

Abgeordnete Volker Bajus, Julia Willie Hamburg, Meta-Janssen-Kucz und Filiz Polat (Grüne)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 12. Januar 2016 berichtete die *Neue Osnabrücker Zeitung*, dass der in Osnabrück registrierte Verein „Volkshilfe e. V.“ nach eigener Angabe am davor liegenden Wochenende 80 Dosen Pfefferspray an Bahnhöfen in Osnabrück, Papenburg, Leer und Bielefeld verteilt habe („Rechtsextreme Volkshilfe verteilt Pfefferspray an ‚deutsche Frauen‘“).

Der Verein organisiere demnach u. a. auch „Familienausflüge“ und „kostenlose Schülernachhilfe“ sowie „Selbstverteidigungskurse für Frauen“. Die Aktionen richten sich an ausnahmslos an „Deutsche“ und „Landsleute“.

1. **Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Ziele, das Handeln und die Organisation des Vereins „Volkshilfe e. V.“ und dessen Vorsitzenden und andere bekannte Mitglieder?**
2. **Steht der Verein unter Beobachtung der niedersächsischen Sicherheitsbehörden, wenn ja, von welchen und seit wann?**
3. **Sind im südwestlichen Niedersachsen, landesweit und im angrenzenden Nordrhein-Westfalen weitere Vereine/Organisationen mit ähnlicher Zielstellung und Arbeitsweise bzw. Vorgehensweise bekannt, und sind diese untereinander vernetzt?**

10. Psychotherapien mit Flüchtlingen

Abgeordnete Filiz Polat und Thomas Schremmer (Grüne)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Viele Flüchtlinge in Niedersachsen haben vor und während ihrer Flucht schwere Formen von Gewalt und Krieg erlebt, einige sahen sich Formen von Folter ausgesetzt und sind zum Teil schwer traumatisiert. Um hier Hilfe bereitzustellen, wurde die Zulassungsverordnung für Vertragsärzte geändert, sodass Psychotherapien mit Flüchtlingen zukünftig für einen befristeten Zeitraum als Regelleistung abgerechnet werden können.

Die bestehenden Versorgungslücken können mit der aktuellen Änderung allerdings nicht geschlossen werden. In einer Pressemitteilung vom 16. Dezember 2015 beklagt die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e. V., dass insbesondere „in Bezug auf die Sprache und den Personenkreis, auf den sich die Änderungen beziehen“, noch deutlicher Erweiterungsbedarf bestehe. So würden nur Flüchtlinge, die bereits länger als 15 Monate in Deutschland und im Besitz einer Gesundheitskarte sind, unter diese Regelung fallen.

1. **Welche weiteren Möglichkeiten sieht die Landesregierung, den Zugang zu Psychotherapien für Geflüchtete, die nicht unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen, zu erleichtern?**
2. **Kann die Landesregierung sicherstellen, dass Patienten, die während ihrer Behandlung durch die Aufnahme einer Arbeit oder Ausbildung aus dem Asylbewerberleistungsgesetz herausfallen, die Behandlung fortführen können?**
3. **Plant die Landesregierung eine Übernahme der mit einer Therapie verbundenen Dolmetscherkosten, um die Erfolgsaussichten der Behandlung zu maximieren?**

11. Welche Auswirkungen hat die zunehmende Erteilung des Kleinen Waffenscheins auf die Sicherheit in Niedersachsen?

Abgeordnete Meta Janssen-Kucz, Helge Limburg und Belit Onay (Grüne)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Seit dem Terroranschlag in Paris und den Vorfällen in der Silvesternacht in Köln „bewaffnen“ sich verstärkt Bürger mit Schreckschusswaffen und Reizgas und beantragen einen sogenannten Kleinen Waffenschein. Die Medien berichten von bundesweiten „Leerkäufen“ in den Waffengeschäften und dass die Vertreiber „kaum mit dem Nachbestellen hinterher“ kämen, aber auch „nicht glücklich“ mit diesem Ansturm seien. Allein in Braunschweig hat sich nach Information von dpa von 24. Januar 2016, 23.20 Uhr, die Anzahl der beantragten Kleinen Waffenscheine „fast verdreifacht“: auf 40 Anträge in den ersten beiden Januarwochen 2016. Ähnliche bzw. weit darüber hinausgehende Antrags- und Ausstellungszahlen vermelden auch andere Kommunen in Niedersachsen und in anderen Ländern. Der SWR berichtet am 20. Januar 2016: „Vor allem Männer wollen Schreckschusswaffen.“ Das LKA Baden-Württemberg rät von solchen Kleinwaffen u. a. ab, weil sie eine „trügerische Sicherheit“ gäben, und die Situation dadurch die Nutzung von Waffen eskalieren könnte. Der Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Prof. Thomas Bliesner, wird bei dpa zitiert mit dem Hinweis: „Faktisch gibt es kaum Hinweise, dass sich die Sicherheit durch das Tragen einer Schreckschusspistole tatsächlich erhöht.“

Laut HAZ vom 7. Februar 2016 gab es Ende Januar 27 525 Besitzer eines Kleinen Waffenscheins in Niedersachsen. Allein im Monat Januar sollen ca. 1 100 Erlaubnisse neu hinzugekommen sein, etwa so viele wie bisher im Schnitt in einem halben Jahr.

Die Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Dietmar Schilff, sieht die Entwicklung kritisch, da oft schwer erkennbar sei, ob jemand eine scharfe Waffe oder nur eine Schreckschusspistole ziehe, um sich zu schützen.

1. **Unter welchen Voraussetzungen erhalten Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen einen Kleinen Waffenschein, und welche Waffen können sie damit nutzen?**
2. **Welche Vor- und/oder Nachteile können sich aus Sicht der Landesregierung aus der zunehmenden Erteilung von Kleinen Waffenscheinen und dementsprechend dem Verhalten von Waffen ergeben?**
3. **Gibt es aus Sicht der Landesregierung Gründe, den Erwerb eines Kleinen Waffenscheins von strengeren Voraussetzungen abhängig zu machen, um eine fortschreitende „Bewaffnung“ zu vermeiden? Und wenn nein, warum nicht?**

12. Ermittlungsverfahren gegen potenzielle islamistische Terroristen in Niedersachsen

Abgeordnete Helge Limburg und Meta Janssen-Kucz (Grüne)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Gefahr von Terroranschlägen durch islamistische Terroristen ist in Europa weiterhin präsent. Besonders die Anschläge in Paris haben die von Islamisten ausgehende Bedrohung auf schreckliche Weise verdeutlicht. Dass diese Gefahr auch in Deutschland besteht, zeigten zunächst die Absage des Länderspiels in Hannover im vergangenen Herbst und dann zuletzt auch die Razzien gegen mutmaßliche Terrorhelfer u. a. in Hannover. Auch der Attentäter, der in Paris eine Polizeistation mit einer Axt stürmen wollte, hielt sich zuvor in Deutschland auf. Am 8. Februar 2016 berichtete die *BILD-Zeitung* Hannover, dass bereits im Juli 2014 auf der Autobahnraststätte Garbsen bei Hannover zwei Waffenschmuggler durch den Zoll aufgegriffen worden sind, die u. a. Schnellfeuerwaffen transportierten. Die Waffen sollten mutmaßlich nach Frankreich oder in die Niederlande verbracht werden.

Niedersachsen hat Ermittlungsverfahren gegen islamistische Terroristen zentral bei der Staatsanwaltschaft Hannover als Schwerpunktstaatsanwaltschaft gebündelt. Als eine spezielle Gefahr des islamistischen Terrorismus werden Personen angesehen, die eine Ausbildung in einem ausländischen Terrorcamp durchlaufen oder für den sogenannten Islamischen Staat (IS) gekämpft haben und anschließend nach Niedersachsen zurückgekehrt sind. Eine solche Ausbildung und die anschließende Vorbereitung einer Straftat könnte gemäß §§ 89 a und 89 b des Strafgesetzbuches bestraft werden. Die Mitgliedschaft im IS oder bei Al Quaida könnte gemäß § 129 a i. V. m. § 129 b als Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung bestraft werden. Diese Ermittlungen fallen gemäß § 142 a Abs. 1 Satz 1 i. V. m. § 120 Abs. 1 Nr. 6 GVG in die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof.

1. **Gegen wie viele Personen in Niedersachsen laufen gegenwärtig strafrechtliche Ermittlungen oder Strafprozesse gemäß § 89 a, 89 b oder §§129 a i. V. m. 129 b StGB mit einem islamistischen Hintergrund?**
2. **Gegen wie viele der in Frage 1 genannten Personen wurde ein Haftbefehl verhängt (bitte auflisten, falls derzeit außer Vollzug)?**
3. **In wie vielen Fällen hat der Generalbundesanwalt die Ermittlungen übernommen?**

13. A 20 - Aktueller Stand zu Planung, Ausschreibung und Bau der Küstenautobahn

Abgeordnete Susanne Menge und Thomas Schremmer (Grüne)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die sogenannte Küstenautobahn A 20 von Westerstede bis Drochtersen geht auf Überlegungen in der Verkehrspolitik in den 60er-Jahren zurück. Damals wurde der Neubau der A 22 östlich von Westerstede dem „möglichen weiteren Bedarf“ zugeordnet, später wurde der Abschnitt nicht in den folgenden Bedarfsplan aufgenommen und die Planungen wurden eingestellt. Im Jahr 2003 nahm die schwarz-gelbe Landesregierung die A 22 wieder in das Bewertungsverfahren auf. Die Küstenautobahn - im Sommer 2010 in A 20 umbenannt - ist in sieben Planungsabschnitte unterteilt. Bis-

lang ist für zwei Abschnitte (PA 1 und PA 6) ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet worden. Der Neubau der A 20 umfasst insgesamt rund 121 km und soll nach bisherigen Schätzungen rund 1,3 Milliarden Euro kosten. Einzelne Mitglieder der Landesregierung setzen sich für die Aufnahme der A 20 in den neuen Bundesverkehrswegeplan unter „vordringlicher Bedarf plus“ ein. In den Medien heißt es, dass laut Angaben des niedersächsischen Verkehrsministeriums „2024 der erste Abschnitt befahren werden (kann), 2028 der letzte“ (*Weser-Kurier* vom 5. Juni 2015).

1. Wann ist mit den jeweiligen Planfeststellungsbeschlüssen (Phase 4, Genehmigungsplanung) der Planungsabschnitte PA 1 bis PA 7 für den Neubau der A 20 zwischen Westerstede und Drochtersen zu rechnen (Planungsabschnitte bitte einzeln auflisten)?
2. Wann ist jeweils mit dem Baubeginn (Phase 5, Ausführungsplanung und Baubeginn) der Planungsabschnitte PA 1, PA 2, PA 3, PA 4, PA 5, PA 6 und PA 7 voraussichtlich zu rechnen?
3. Welche Möglichkeiten sieht bzw. hat die Landesregierung, in den Planungsphasen 3 bis 5 (Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung und Ausführungsplanung) den jeweiligen Planungsprozess und den Baubeginn der Planungsabschnitte PA 1 bis PA 7 für den Neubau der A 20 zwischen Westerstede und Drochtersen maßgeblich zu beschleunigen?

14. Verbietet das Land den Kommunen die Vereinbarung von Vertragsstrafen im Straßenbau?

Abgeordneter Helmut Dammann-Tamke (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Auf kommunaler Ebene wird immer wieder beklagt, dass es den kommunalen Straßenverkehrsämtern untersagt sei, in ihren Verträgen mit Straßenbauunternehmen Vertragsstrafenregelungen beispielsweise für den Fall verspäteter Fertigstellungen zu vereinbaren. Zudem verzichte auch das Land auf derartige Regelungen. Dadurch komme es immer wieder zu Verzögerungen bei der Fertigstellung von Straßenbauvorhaben.

1. Trifft es zu, dass das Land auf Vertragsstrafenregelungen gegenüber Straßenbauunternehmen für den Fall verzögerter Fertigstellung verzichtet?
2. Trifft es zu, dass das Land kommunalen Beteiligten untersagt, in ihren Verträgen mit Straßenbauunternehmen Vertragsstrafenregelungen beispielsweise für den Fall verspäteter Fertigstellung zu vereinbaren?
3. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass es - auch bedingt durch den Verzicht auf Vertragsstrafenregelungen - immer wieder zu Verzögerungen bei der Fertigstellung einzelner Straßenbaumaßnahmen kommt, da Firmen sanktionslos ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf anderen Baustellen einsetzen können?

15. Neubau und Sanierung von Brücken in kommunaler Trägerschaft: Welche Unterstützung leistet das Land?

Abgeordneter Axel Miesner (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Neben den Brücken in Trägerschaft von Bund und Land sind auch Brücken in kommunaler Verantwortung „in die Jahre gekommen“. Sie müssen entweder saniert oder neu gebaut werden. Bei den Überlegungen, wann und wie eine Brücke wieder in den verkehrssicheren Zustand gebracht wird, stellt sich auch die Frage einer Unterstützung seitens des Landes.

1. Wie bewertet die Landesregierung die Verkehrssicherheit der Brücken in kommunaler Trägerschaft und den aktuellen Sanierungsbedarf?

2. **Gibt es ein Förderprogramm des Landes zur Unterstützung der Kommunen zum Neubau bzw. zur Sanierung ihrer Brücken?**
3. **Wenn nein, welche Mittel stellt das Land den Landkreisen, Städten und Gemeinden für die Sanierung und den Neubau ihrer Brücken zur Verfügung?**

16. Wie wird die Landesregierung ihrer Verantwortung für die Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber in Niedersachsen gerecht?

Abgeordneter Burkhard Jasper (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Das Land Niedersachsen ist für die Erstaufnahme von Asylbewerbern zuständig, bevor es diese auf die Kommunen weiterverteilt. Das Land betreibt hierzu mehrere Standorte der Landesaufnahmebehörde. Dies geschieht teilweise direkt durch das Land oder durch Dritte. Für den Betrieb von Aufnahmeeinrichtungen durch Dritte, wie Verbänden, Kirchen oder Unternehmen, soll sich das Land teilweise für eine Ausschreibung für Einzelleistungen beim Betrieb des Standortes in Einzellosen anstelle der Ausschreibung für den Gesamtbetrieb in einem Gesamtlos entschieden haben. Im Wege der „Amtshilfe“ hat das Land weiterhin mehrere Tausend Personen für die Erstaufnahme den Kommunen zugewiesen.

Dennoch bleibt das Land für die Gewährleistung der Unterkunft, Verpflegung und medizinischen und sozialen Betreuungen in der Gesamtverantwortung.

1. **Welche Erstaufnahmeeinrichtungen werden für das Land gegenwärtig auf welcher Grundlage von welchen Dritten (einschließlich Verbände und Kirchen) betrieben?**
2. **Inwieweit wurde der Betrieb von Standorten für die einzelnen Erstaufnahmeeinrichtungen in Einzel- oder Gesamtlosen und für welchen Zeitraum ausgeschrieben?**
3. **Führt die Vergabe in Einzellosen dazu, dass die Verantwortung für den Standort der Erstaufnahme unklar ist und dadurch soziale Standards nicht gewährleistet werden können?**

17. Wird die Landesregierung der Stadt Celle bei der Entschuldung helfen?

Abgeordneter Thomas Adasch (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Die *Cellesche Zeitung* berichtet in ihrer Ausgabe am 29. Januar 2016, dass die Stadt Celle am 8. Februar 2016 Gespräche mit der Landesregierung über einen Schuldenerlass aufnehmen werde. Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende (SPD) versuche laut *Cellescher Zeitung* schon seit fast zweieinhalb Jahren, finanzielle Unterstützung von der Landesregierung zu bekommen. Laut Oberbürgermeister Mende sei das Land jetzt auf die Stadt zugekommen.

Der Kämmerer und erste Stadtrat der Stadt Celle nennt ein Beispiel, wonach das Land 50 % der 90 Millionen Euro an Kassenkrediten der Stadt übernehmen könne.

Weiterhin berichtet die *Cellesche Zeitung*, dass Ministerpräsident Stefan Weil seinen SPD-Parteifreund Mende bei den anstehenden Kommunalwahlen nicht im Regen stehen lassen würde.

1. **Auf welcher Grundlage sollen die Gespräche zwischen der Stadt Celle und der Landesregierung zur Entschuldung der Stadt geführt werden?**
2. **Sollen die Gespräche mit der Stadt Celle noch vor der Kommunalwahl 2016 abgeschlossen werden?**
3. **Aus welchen Haushaltsmitteln könnten Mittel in welcher Höhe zur Entschuldung der Stadt Celle vom Land genutzt werden?**

18. Wie hat sich die Einbruchskriminalität in Niedersachsen entwickelt?

Abgeordnete Editha Lorberg, Mechthild Ross-Luttmann, Angelika Jahns und Thomas Adasch (CDU)

1. **Wie viele Ermittlungsverfahren wegen Diebstahls gemäß § 242 und besonders schweren Diebstahls gemäß § 243 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 (Einbruchsdiebstahls) des Strafgesetzbuches gab es in Niedersachsen in den Jahren 2014 und 2015 und im Januar 2016 jeweils?**
2. **Wie viele Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzungen gemäß § 223 des Strafgesetzbuches gab es in den Jahren 2014 und 2015 und im Januar 2016 in Niedersachsen jeweils?**
3. **Wie viele Ermittlungsverfahren wegen Raubes gemäß § 249 Strafgesetzbuch gab es in Niedersachsen in den Jahren 2014 und 2015 und im Januar 2016 jeweils?**

19. Werden in Niedersachsen die Möglichkeiten zur Beschleunigung von Strafverfahren bei „Antänzern“ genutzt?

Abgeordnete Lutz Winkelmann und Mechthild Ross-Luttmann (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im Zusammenhang mit den Vorfällen in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten wird die Möglichkeit des beschleunigten Verfahrens nach § 417 ff. StPO stärker von der Öffentlichkeit beobachtet. So berichtete „Spiegel TV“ am 17. Januar 2016 über „einen ganz normalen Tag am Amtsgericht Hannover“. Berichtet wurde hier über drei beschleunigte Strafverfahren. Laut „Spiegel TV“ stand es am Ende „3:0 für die Angeklagten“.

1. **Wie oft wurde seit dem 1. Januar 2015 in Niedersachsen das beschleunigte Verfahren nach §§ 417 ff. StPO angewendet und wie oft waren dabei Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit angeklagt (bitte aufschlüsseln nach Monat und Gericht)?**
2. **Wie viele Verurteilungen zu Freiheitsstrafen mit und ohne Bewährung und nach Jugendstrafrecht wurden dabei ausgesprochen?**
3. **Ist das beschleunigte Verfahren nach § 417 ff. StPO nach Ansicht der Landesregierung geeignet, um auf von Asylbewerbern und geduldeten Ausländern ausgehende Kriminalität angemessen zu reagieren?**

20. Wann gibt es ein Aussteigerprogramm für Salafisten in Niedersachsen?

Abgeordnete Editha Lorberg (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Mit dem Landeshaushalt 2016 wurden Finanzmittel für das Justiz- und das Innenministerium beschlossen, die für Aussteigerprogramme aus dem Islamismus eingesetzt werden sollten.

Bis Ende 2013 gab es in Niedersachsen eine Aussteigerberatung für Salafisten beim niedersächsischen Verfassungsschutz.

Dieses wurde zusammen mit dem Handlungskonzept gegen Islamismus von der Landesregierung im Dezember 2013 ersatzlos eingestellt. Das im April 2015 eingerichtete Projekt beRATen e. V. bietet eine solche Aussteigerberatung nicht an.

1. **Welche Angebote gibt es in Niedersachsen für Personen, die aus dem Islamismus/Salafismus aussteigen wollen?**
2. **Plant die Landesregierung ein neues ressortübergreifendes Handlungskonzept gegen Salafismus und Islamismus?**

3. Welche Moscheen in Niedersachsen gelten als Treffpunkte der islamistischen und salafistischen Szene?

21. Was sind die Hintergründe der Durchsuchung einer Flüchtlingsunterkunft in Isernhagen?

Abgeordneter Rainer Fredermann (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Am Morgen des 4. Februar 2016 wurden von einem Sondereinsatzkommando der Polizei ein Flüchtlingswohnheim in Isernhagen und eine Wohnung in Hannover-Vahrenwald durchsucht.

Ziel der Durchsuchung waren laut der Internetseite der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ)* vom 4. Februar 2016 Verdächtige, die nach Angaben der Polizei ein Attentat in Deutschland oder Europa geplant hätten. Dazu gehöre laut *HAZ* auch ein 26-jähriger Algerier, Abbas A., der seit 2014 in Isernhagen untergebracht sein soll.

Abbas A. soll laut *HAZ* auch die Wohnung in Hannover-Vahrenwald genutzt haben. Er soll vor wenigen Wochen in die Brüsseler Gemeinde Molenbeek gereist sein, wo auch der Drahtzieher der Anschläge von Paris, Abdelhamid Abaaoud, gelebt haben soll. Außerdem soll er auf seiner Facebook-Seite Aufnahmen von Osama bin Laden und aus einem Treffpunkt der Islamistszene in Berlin veröffentlicht haben.

- 1. Was ist der Landesregierung gegenwärtig über die Pläne von Abbas A. bezüglich Terrorangriffen bekannt?**
- 2. Auf welcher rechtlichen Grundlage hält sich Abbas A. in Deutschland auf?**
- 3. Seit wann war Abbas A. dem niedersächsischen Verfassungsschutz oder anderen Sicherheitsbehörden aus Niedersachsen bekannt?**

22. Parkerleichterungen für erheblich gehbehinderte schwerbehinderte Menschen

Abgeordneter Björn Thümler (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Die bundesrechtlich geregelten Voraussetzungen für den Zugang zu Parkerleichterungen werden von vielen schwerbehinderten Menschen nicht erfüllt, was im Einzelfall zu Härten führen kann. Allerdings können sowohl die örtlich zuständigen Straßenverkehrsbehörden als auch die Länder erheblich gehbehinderten schwerbehinderten Menschen (Merkzeichen „G“) oder vorübergehend erheblich mobilitätseingeschränkten Menschen Ausnahmegenehmigungen von Parkverboten erteilen beziehungsweise weitere von der bundeseinheitlichen Regelung abweichende Parkerleichterungen festlegen, die dann aber auf das jeweilige Bundesland beschränkt sind. Die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen räumen auf diese Weise weitere Parkerleichterungen ein.

Niedersachsen räumt neben Hamburg, Bremen und dem Saarland dagegen erheblich gehbehinderten schwerbehinderten Menschen keine von der bundeseinheitlichen Regelung abweichenden Parkerleichterungen ein.

- 1. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass in Niedersachsen für erheblich gehbehinderte schwerbehinderte Menschen grundsätzlich kein Bedarf für von der bundeseinheitlichen Regelung abweichende Parkerleichterungen besteht?**
- 2. Falls ja, weshalb?**
- 3. Wären nach Auffassung der Landesregierung einer schwer gehbehinderten Frau mit einem Grad der Behinderung von 60, die ständig auf einen Rollator - auch beim Aussteigen aus dem Auto - angewiesen ist, Parkerleichterungen einzuräumen?**

23. Förderung von Vorhaben aus Mitteln des Krankenhausstrukturfonds

Abgeordneter Reinhold Hilbers (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Der zum 1. Januar 2016 errichtete Krankenhausstrukturfonds hat den Zweck, die Umwandlung von Krankenhäusern zu fördern. Es sollen insbesondere Überkapazitäten abgebaut, Krankenhausstandorte konzentriert und Krankenhäuser in nicht akutstationäre lokale Versorgungseinrichtungen (z. B. Gesundheits- oder Pflegezentren, Hospize) umgewidmet werden.

Die hierzu vom Bundesministerium für Gesundheit mit Zustimmung des Bundesrates erlassene Krankenhausstrukturfonds-Verordnung (KHSFV) räumt den Ländern in § 2 Abs. 3 die Möglichkeit ein, aus Mitteln des Krankenhausstrukturfonds auch die Aufwendungen für Zinsen, Tilgung und Verwaltungskosten eines Darlehens zu fördern, das ein Krankenhausträger zur Finanzierung eines förderfähigen Vorhabens aufgenommen hat. Als Förderbetrag kann der zum Zeitpunkt der Antragstellung ermittelte Barwert von Zinsen, Tilgung und Verwaltungskosten ausgezahlt werden, der in den ersten zehn Jahren nach Abschluss des Vorhabens entsteht.

Soweit auf diese Weise geförderte Darlehen nicht innerhalb von zehn Jahren vom Krankenhausträger vollständig zurückgeführt werden, sind die verbleibenden Zins- und Tilgungsleistungen anschließend aus den Investitionsfördermitteln des Landes zu finanzieren.

- 1. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass Förderungen nach § 2 Abs. 3 KHSFV innerhalb von zehn Jahren vollständig zurückgeführt werden sollten, um den verbleibenden Schuldendienst nicht aus den Krankenhausinvestitionsfördermitteln des Landes bestreiten zu müssen?**
- 2. Wird die Landesregierung bei den Antragstellern, die eine Förderung nach § 2 Abs. 3 KHSFV in Anspruch nehmen möchten, auf eine entsprechende Ausgestaltung der Darlehensmodalitäten hinwirken?**
- 3. Falls nein, ist die Landesregierung der Auffassung, dass man sich jetzt noch keine Gedanken darüber machen müsse, in welcher Höhe ab 2026 den Haushaltsspielraum einschränkende Vorfestlegungen bei den Krankenhausinvestitionsfördermitteln erfolgen?**

24. Haben alle niedersächsischen Krankenhäuser jetzt Patientenfürsprecher?

Abgeordnete Annette Schwarz, Burkhard Jasper, Dr. Max Matthiesen, Petra Joumaah, Volker Meyer und Gudrun Pieper (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Der mit Gesetz vom 14. Juli 2015 neugefasste § 16 des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes verlangt von allen niedersächsischen Krankenhäusern zum 1. Januar 2016 die Berufung einer Patientenfürsprecherin bzw. eines Patientenfürsprechers.

- 1. Konnten alle niedersächsischen Krankenhäuser zum 1. Januar 2016 eine Patientenfürsprecherin bzw. einen Patientenfürsprecher berufen, und, falls nein, in welchen Krankenhäusern ist die Stelle derzeit noch unbesetzt?**
- 2. Falls die Stelle in manchen Krankenhäusern noch nicht besetzt ist, welche Gründe führen diese Krankenhäuser dafür an?**
- 3. Welche Hilfen bietet die Landesregierung den Krankenhäusern an, die die Stelle noch nicht besetzt haben?**

25. Gemeinschaftsreisen für Menschen mit Behinderungen

Abgeordnete Gudrun Pieper, Dr. Max Matthiesen, Burkhard Jasper, Petra Joumaah, Volker Meyer und Annette Schwarz (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Gemeinschaftsreisen für Menschen mit Behinderungen sind Leistungen der Eingliederungshilfe und haben einen sozialtherapeutischen und behindertenpädagogischen Ansatz. Ihre Dauer und Bezuschussung regelt das Rundschreiben Nr. 01/2015 des Niedersächsischen Landesamtes für Soziales, Jugend und Familie. Danach werden festgelegte Pauschalen auf der Grundlage für eine mindestens sechstägige, jedoch höchstens achttägige Reisedauer ermittelt. Die Kosten für eine mehr als achttägige Reise können daher grundsätzlich nicht aus Mitteln der Sozialhilfe übernommen werden.

Der Landtag hat mit Entschließung vom 12. November 2015 (Drucksache 17/4597) die Landesregierung aufgefordert, eine Ausnahmeregelung zu schaffen, die eine Bezuschussung von Gemeinschaftsreisen für Menschen mit Behinderungen auch mit einer Dauer von weniger als sechs Tagen ermöglicht, sofern nachvollziehbare Gründe für die kürzere Reisedauer vorliegen.

Aus Sicht der Einrichtungsträger kann es jedoch auch sinnvoll sein, Reisen durchzuführen, die länger als acht Tage dauern.

- 1. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass Gemeinschaftsreisen im Interesse der Menschen mit Behinderungen unabhängig von einer bestimmten Reisemindest- oder Höchstdauer so zu gestalten sind, dass sie deren jeweiligen Bedürfnissen gerecht werden?**
- 2. Wird die Landesregierung im Zuge der Schaffung einer Ausnahmeregelung für kürzere Reisen auch eine Ausnahmeregelung für längere Reisen schaffen?**
- 3. Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, dass die pauschalen Zuschussbeträge inzwischen seit 14 Jahren in der Höhe unverändert sind?**

26. Absage des „Schoduvel“ 2015 - Welche Konsequenzen wurden für 2016 gezogen?

Abgeordnete Angelika Jahns, Thomas Adasch, Rudolf Götz, Frank Oesterhelweg, Heidemarie Mundlos und Horst Schiesgeries (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 15. Februar 2015 untersagte die Polizei in Braunschweig die Durchführung des Braunschweiger Karnevalsumzuges „Schoduvel“. Wie die *Braunschweiger Zeitung* am 16. Februar 2015 berichtete, sagte der Braunschweigische Polizeipräsident Michael Pientka: „Die konkrete Gefahr bezieht sich ausdrücklich auf den heutigen Tag und die heutige Veranstaltung“. Der niedersächsische Staatsschutz habe am Vorabend der Braunschweiger Polizei einen entscheidenden Hinweis auf einen salafistischen Anschlag gegeben.

Nach der Absage führte die Staatsanwaltschaft Hannover ein Ermittlungsverfahren durch. Dieses wurde am 20. Mai 2015 eingestellt. Der damalige Leiter der Staatsanwaltschaft Hannover, Jörg Fröhlich, sagte nach Angaben des NDR vom 20. Mai 2015, dass die Angaben zu einem möglichen Anschlag zwar beängstigend, aber zu vage gewesen seien, um darauf Haftbefehle stützen zu können. Da ansonsten keine Beweismittel vorlagen, habe man sich laut Fröhlich zusammen mit dem Landeskriminalamt dazu entschlossen, die Strafakte zu schließen.

Das Komitee Braunschweiger Karneval veranstaltete den „Schoduvel“ 2016 am 7. Februar 2016 unter dem Motto „Jetzt erst recht!“.

- 1. Welche Maßnahmen haben Polizei und/oder Staatsanwaltschaften nach der Einstellung des Ermittlungsverfahrens am 20. Mai 2015 unternommen, um aufzuklären, ob tatsächlich eine konkrete Bedrohung des „Schoduvel“ 2015 vorlag?**

2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung nach der Absage des „Schoduvel“ 2015 getroffen, um den islamistischen Extremismus in Braunschweig besser aufzuklären?
3. Gab es vor der Durchführung des „Schoduvel“ 2016 Hinweise auf einen geplanten Terroranschlag?

27. Gab es im Ministerium für Wissenschaft und Kultur Eingriffe von höchster Ebene in Personalentscheidungen?

Abgeordneter Jörg Hillmer (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Am 26. Januar 2016 hat Kultusministerin Frauke Heiligenstadt eingeräumt, im Zusammenhang mit der beabsichtigten Versetzung einer Lehrkraft an ein Göttinger Gymnasium einen Fehler begangen zu haben. In einer Pressemitteilung des Kultusministeriums wird die Ministerin folgendermaßen zitiert: „Auch wenn das Ministerium der Landesschulbehörde rechtlich Entscheidungen durchaus vorgeben kann, hätte die Weisung so nicht ausgesprochen werden sollen. Für solche Fälle gibt es klare Schritte und standardisierte Abläufe. Es war ein Fehler, dass ich mir die Details dieser Maßnahme nicht habe erläutern lassen.“

1. Bei wie vielen Personalangelegenheiten im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, die im regulären Verfahren nicht auf Ministeriebene zu entscheiden sind, hat Wissenschaftsministerin Dr. Gabriele Heinen-Kljajić seit Regierungsübernahme Gespräche geführt, Rückfragen gestellt, Weisungen erteilt oder sich in anderer Weise unmittelbar oder mittelbar in Personalentscheidungen eingebracht?
2. Bei wie vielen Personalangelegenheiten im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, die im regulären Verfahren nicht auf Ministeriebene zu entscheiden sind, haben seit Regierungsübernahme die Staatssekretärin oder Mitarbeiter des Ministerbüros von Ministerin Dr. Gabriele Heinen-Kljajić Weisungen erteilt oder in anderer Weise auf die Personalangelegenheit Einfluss genommen?
3. Um welche konkreten Personalangelegenheiten handelt es sich bei den Fällen, die in den Antworten zu 1 und 2 genannt sind?

28. Welche Erfahrungen hat Minister Meyer in Norwegen mit dem Töten von Tieren gemacht?

Abgeordneter Helmut Dammann-Tamke (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Im *Stader Tageblatt* erschien am 4. Februar 2016 der Artikel „Angst vor dem gefährlichen Keim“. Darin wird über eine Veranstaltung zum Thema „Verbreitung von MRSA-Keimen berichtet“, an der auch Landwirtschaftsminister Meyer als Redner teilnahm. In dem Artikel steht zu den Aussagen des Ministers Folgendes: „Viele Landwirte würden durch übermäßigen Antibiotika-Einsatz die schlechten Mastbedingungen in ihren Ställen kaschieren. Meyer verwies auf Erfahrungen in Norwegen, wo befallene Tiere getötet würden. Meyer: ‚Wenn ich das machen würde, hätten wir 70 bis 80 % weniger Schweine.‘“

1. Welche befallenen Tiere, die getötet würden, meint der Minister, wenn er auf seine Erfahrungen in Norwegen verweist?
2. Mit welcher Diagnose und aus welchem Grund werden die befallenen Tiere in Norwegen getötet?
3. Wie wäre die vom Minister angesprochene Tötung von befallenen Tieren mit dem in Niedersachsen geltenden Tierschutzrecht vereinbar?

29. Der Wenzel'sche Windkrafterlass: Schneller auf YouTube als im Ministerialblatt veröffentlicht?

Abgeordneter Martin Bäumer (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Am 28. Januar 2016 wurde auf der Internetplattform „YouTube“ auf dem Kanal der Niedersächsischen Landesregierung der Film „Der Windkrafterlass. Die Gebrauchsanweisung für die Energieversorgung der Zukunft“ veröffentlicht. In diesem Film erklärt der niedersächsische Umweltminister die Bedeutung des Windkrafterlasses für Niedersachsen. Zur gleichen Zeit warteten die Akteure aus dem Sektor Windkraft immer noch auf die Veröffentlichung des Erlasses, obwohl dieser bereits vor Weihnachten 2015 vom Kabinett beschlossen worden war.

- 1. Wann ist der Windkrafterlass vom Kabinett beschlossen und wann ist er rechtswirksam veröffentlicht worden?**
- 2. Warum erfolgte die Veröffentlichung des Werbefilms auf YouTube vor der Veröffentlichung des Erlasses im Ministerialblatt, und wer ist für die Verzögerung der Veröffentlichung verantwortlich?**
- 3. Welche Kosten hat die Produktion des Werbefilms verursacht?**

30. Wird die Landesregierung einen Klinikneubau in Großburgwedel finanzieren?

Abgeordnete Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Rainer Fredermann, Editha Lorberg, Gabriela Kohlenberg, Dr. Max Matthiesen und Sebastian Lechner (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In der Antwort auf die Anfrage „Stehen Landesmittel für den Neubau eines Klinikums in der Region Hannover zur Verfügung?“ (Drucksache 17/2722) äußert die Landesregierung, dass sie alle Anträge der Krankenhausträger auf Förderung von Investitionsmaßnahmen, die Krankenhausstrukturen optimieren, begrüße. Sie werde diese gründlich bewerten und im Rahmen der jährlich zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel eine Auswahlentscheidung über die zu fördernden Projekte treffen.

In der *Nordhannoverschen Zeitung* vom 12. Januar 2016 wird der SPD-Landtagsabgeordnete Marco Brunotte mit der Äußerung zitiert, dass das Land Niedersachsen einen Klinikneubau in Großburgwedel finanzieren werde.

- 1. In welcher Höhe und wann hat die Klinikum Region Hannover GmbH bzw. die Region Hannover beim Land Niedersachsen einen Antrag auf Investitionskostenförderung für einen Klinikneubau in Großburgwedel gestellt?**
- 2. Falls bisher kein Antrag auf eine konkrete Investitionskostenförderung gestellt wurde: Auf welcher Grundlage sagt die Landesregierung dann - vorausgesetzt, die Aussagen des SPD-Landtagsabgeordneten Marco Brunotte sind zutreffend - eine Finanzierung in welcher Höhe zu?**
- 3. Welche weiteren Krankenhausstrukturmaßnahmen - nicht nur im Bereich der Region Hannover - wird die Landesregierung im Rahmen dieser Auswahlentscheidung finanzieren?**

31. Keine Beratung zur Deradikalisierung bei Salafisten in Wolfsburg, aber eine Veranstaltungsreihe zur Prävention des Islamismus in Brüssel?

Abgeordnete Angelika Jahns (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Laut Pressemitteilung vom 13. Januar 2016 hat die Landesregierung eine Veranstaltungsreihe gegen Radikalisierungsprozesse in der Vertretung des Landes Niedersachsen bei der europäischen Union in Brüssel durchgeführt. In mindestens drei Veranstaltungen sei dabei insbesondere über die Radikalisierung zum Islamismus und Salafismus gesprochen worden.

Das Land Niedersachsen fördert gegenwärtig ausschließlich in der Stadt Hannover eine Beratungsstelle zur Deradikalisierung und Radikalisierungsvermeidung im Bereich des Salafismus. Gerade aus den Städten Wolfsburg und Braunschweig ist in den letzten drei Jahren jedoch eine erhebliche Anzahl von radikalisierten Personen nach Syrien oder in den Irak ausgereist, um sich dort dem islamistischen Kampf anzuschließen.

1. **Wie hoch waren die Kosten des Landes für die Veranstaltungsreihe „Radikalisierung - RATlos Prävention durch Wertevermittlung“ in Brüssel (inklusive Reisekosten)?**
2. **Wie viele Personen aus Niedersachsen wurden zu dieser Veranstaltungsreihe jeweils eingeladen und nahmen an dieser teil?**
3. **Wie hoch sind die Fördermittel des Landes in Niedersachsen für zivilgesellschaftliche Projekte gegen Islamismus?**

32. Reaktivierung der Bahnstrecke Buchholz, Jesteburg über Maschen nach Hamburg-Harburg

Abgeordneter Heiner Schönecke (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Die Landesregierung hat 71 Strecken in eine dreistufig angelegte Untersuchung zur Reaktivierung von Bahnstrecken einbezogen.

Die Reaktivierung und somit Verlängerung der Heidebahn von Buchholz, Jesteburg über Maschen nach Hamburg-Harburg hat mit einem Kosten-Nutzen-Quotienten von 1,51 abgeschnitten.

Dies wurde von den betroffenen Kommunen und deren Bevölkerung begrüßt. Jetzt wartet man auf die Umsetzung.

Mehrere Initiativen der Kreistage der Landkreise Harburg und Heidekreis sowie Resolutionen der betroffenen Gemeinden haben diese Forderung unterstützt. Die Ausschreibung des „Hanse-Netzes“ lässt die Möglichkeit zu, ab 2018 die „Heidebahn“ über Klecken und Hittfeld nach Hamburg-Harburg fahren zu lassen.

Auf Nachfragen bei der Deutschen Bahn wird den kommunalen Vertretern allerdings immer wieder deutlich gemacht, dass man keine Ausweitung des Bedienungsangebotes für den SPNV über die derzeitige Güterumfahrungsstrecke Buchholz–Jesteburg–Maschen–Harburg durchführen werde. Der Ausbau des „Knotens Hamburg“ als die entscheidende Einzelmaßnahme werde dafür als Grund genannt.

1. **Welchen Sachstand haben die Gespräche zwischen dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und der Deutschen Bahn bezüglich der Strecke 1280?**
2. **Sind im Jahr 2016 oder im Rahmen der Mittelfristigen Planung für die Jahre 2017/2018 für diese Strecke Haushaltsmittel eingeplant?**
3. **Wann wird die Strecke eröffnet?**

33. Wie sind die Verzögerungen bei Rissauswertungen mit Wolfsverdacht begründet?

Abgeordneter Ernst-Ingolf Angermann (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

In der Risstabelle des Wildtiermanagements Niedersachsen sind bis zum 1. Februar 2016 insgesamt 60 Risse als „in Bearbeitung“ angegeben. Davon sind zehn Risse noch aus dem Zeitraum vor Juli 2015, von denen acht Übergriffe auf Rinder und Pferde erfolgten. Des Weiteren sind von Juli bis Ende Oktober 2015 noch weitere 20 Vorgänge nicht abgeschlossen.

Aufgrund der Stellungnahme seitens des Senckenberg-Instituts im Rahmen einer Berichterstattung des NDR vom 30. Januar 2016 (Quelle: <http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Wolf-Analysen-Wissenschaftler-wehrt-sich-gegen-Vorwuerfe,wolf2262.html>), dass alle DNA-Proben aus Niedersachsen abgearbeitet seien und man sich über eine Äußerung aus dem Umweltministerium wundere, wonach der lange Bearbeitungszeitraum durch den Zeitbedarf bei DNA-Untersuchungen des Senckenberg-Instituts verursacht werde richte ich die folgenden Fragen an die Landesregierung.

1. **Sind noch 30 Risse aus der Zeit bis zum 31. Oktober 2015 in Bearbeitung, und gegebenenfalls warum?**
2. **Sind aus dem 1. Halbjahr 2015 noch zehn Risse in Bearbeitung, in denen zu 80 % Rinder und Pferde betroffen sind, und gegebenenfalls warum?**
3. **Wie lange dauert es, bis nach Vorlage der DNA-Ergebnisse vom Senckenberg-Institut eine Auszahlung der Billigkeitsleistungen an die geschädigten Weidetierhalter erfolgt?**

34. Einstufung der Alleraltarme

Abgeordneter Ernst-Ingolf Angermann (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Aufgrund von Hochwasserschutzmaßnahmen haben in den Jahren ab 1965 Begradigungen der Aller zwischen der Stadtgrenze Celle und der Kreisgrenze Gifhorn stattgefunden. Grundlage war ein Planfeststellungsbeschluss aus dem Jahr 1965, der festgelegt hat, dass die nach der Allerbegradigung verbleibenden Altarme als Gewässer zweiter Ordnung einzustufen sind und damit die Unterhaltungspflicht dem Land obliegt.

1. **Sind die Gewässer der Alleraltarme auch weiterhin als Gewässer zweiter Ordnung eingestuft?**
2. **Wenn ja, sind alle notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen erfolgt, und gegebenenfalls warum nicht?**
3. **Wie wird die Landesregierung eine durch gegebenenfalls ausgebliebene Unterhaltungsmaßnahmen beeinträchtigte Durchlässigkeit zu den Alleraltarmen kurzfristig wiederherrichten?**

35. Ist Niedersachsens Polizei ausreichend mit Schutzwesten und Maschinenpistolen ausgestattet?

Abgeordnete Thomas Adasch, Rudolf Götz, Horst Schiesgeries und Johann-Heinrich Ahlers (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Gewerkschaft der Polizei forderte in einer Pressemitteilung vom 2. Dezember 2015 angesichts der hohen Terrorgefahr in Niedersachsen mehr Schutzwesten gegen Beschuss für die niedersächsische Polizei. Nach Informationen der Gewerkschaft der Polizei soll es lediglich 900 Schutzwesten der benötigten Klasse 2 im Land geben. Damit gäbe es nicht einmal für jeden Streifenwagen in Niedersachsen eine Schutzweste. Ideal wäre es laut Gewerkschaft der Polizei zudem, wenn alle

Polizeibeamtinnen und Beamten sogar durch Überziehwesten der Klassen 3 oder 4 auch gegen den Beschuss aus Gewehren oder Maschinenpistolen geschützt würden.

In persönlichen Gesprächen thematisieren Polizeibeamte außerdem, dass nicht ausreichend Maschinenpistolen und die dafür notwendigen Verwahrmöglichkeiten in den Streifenwagen vorhanden seien.

1. **Wie viele schutzsichere Westen welcher Schutzklassen gibt es in der Niedersächsischen Polizei?**
2. **Wie viele Maschinenpistolen sind in der niedersächsischen Polizei vorhanden?**
3. **Wie viele Dienstwagen der niedersächsischen Polizei verfügen über die notwendige Ausstattung, um Maschinenpistolen mitzuführen?**

36. Ist die geplante Arbeitszeitanalyse der Kultusministerin eine Arbeitszeiterhebung oder nicht?

Abgeordneter Kai Seefried (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Mit seinem Urteil vom 9. Juni 2015 hat das Obergericht (OVG) Lüneburg dem Kultusministerium aufgegeben, vor künftigen Anpassungen der Unterrichtsverpflichtung zunächst in einer auch empirisch angelegten Studie die tatsächliche Arbeitszeitbelastung der Lehrkräfte zu ermitteln. In einer Pressemitteilung vom 29. Januar 2016 hat Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) eine Onlinebefragung der Lehrkräfte angekündigt und zugleich mitgeteilt, dass die Erkenntnisse aus der Befragung „in die für die zweite Jahreshälfte 2016 geplante Arbeitszeitanalyse des Niedersächsischen Kultusministeriums einfließen“ sollen. Bislang hat die Kultusministerin alle Forderungen von Opposition und Verbänden nach der Durchführung einer unabhängigen Arbeitszeiterhebung abgelehnt.

In Reaktionen auf die Ankündigungen der Ministerin äußerten sich Lehrerverbände kritisch gegenüber den Vorschlägen. Der Philologenverband Niedersachsen schrieb am 28. Januar 2016 in einer Pressemitteilung, es sei unverständlich, dass die Ministerin „eine generelle Untersuchung der Lehrerarbeitszeit durch ein unabhängiges Institut nach wie vor ablehne“. Am 4. Februar 2016 bezeichnete der Philologenverband die Pläne der Ministerin als „untaugliches Ablenkungsmanöver“. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) schrieb am 29. Januar 2016, durch die Umfrage werde der „irreführende Eindruck“ erweckt, „mit ihr könnten ‚belastbare Ergebnisse‘ zur Arbeitsbelastung und Arbeitszeit der Lehrkräfte gewonnen werden.“

1. **Ist im Zusammenhang mit der angekündigten „Arbeitszeitanalyse“ auch eine Arbeitszeiterhebung für Lehrkräfte geplant, wie sie im OVG-Urteil gefordert wird?**
2. **Lehnt die Kultusministerin eine unabhängige wissenschaftliche Erhebung über die tatsächliche Arbeitszeit der Lehrkräfte und Schulleiter aller Schulformen in Niedersachsen ab?**
3. **Wenn ja, warum?**

37. Vertrag mit muslimischen Verbänden - wen vertreten DITIB und SCHURA?

Abgeordneter Björn Thümler (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Die rot-grüne Landesregierung verhandelt mit den muslimischen Verbänden DITIB und SCHURA über einen Vertrag, in dem Details zu zahlreichen Fragen, wie z. B. Moscheebau, Gebetsmöglichkeiten in Schulen, Bestattungswesen und Feiertage, geregelt werden sollen. Der Vertragsentwurf sieht die Zahlung von 100 000 Euro pro Jahr an die Verbände als „Anschubfinanzierung“ zum Auf-

bau einer Geschäftsstelle vor. Diese Mittel sollen ferner laut Text des Vertragsentwurfs „die erfolgreiche Umsetzung dieses Vertrages erleichtern“.

Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) hat in einer Pressekonferenz am 14. Dezember 2015 gesagt, genaue Zahlen zur Anzahl der in Niedersachsen lebenden Muslime lägen ihr nicht vor. Sie gehe aber davon aus, dass die Verbände den „Großteil“ bzw. „mehr als die Hälfte“ der Muslime in Niedersachsen vertreten (*Nordwest-Zeitung* bzw. *Neue Presse* vom 15. Dezember 2015).

1. **Wie viele Muslime leben derzeit in Niedersachsen?**
2. **Wie viele dieser Muslime sind nachweislich als Mitglied bei DITIB – Landesverband der Islamischen Religionsgemeinschaften Niedersachsen und Bremen registriert?**
3. **Wie viele dieser Muslime sind nachweislich als Mitglied bei SCHURA Niedersachsen – Landesverband der Muslime e.V. registriert?**

38. **Wie fördert das Land iDerm?**

Abgeordnete Burkhard Jasper, Christian Calderone und Clemens Lammerskitten (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Für das Flüchtlingshaus in Osnabrück hat das Institut für interdisziplinäre Dermatologische Prävention und Rehabilitation an der Universität Osnabrück (iDerm) Teile des von ihm genutzten ehemaligen Bundeswehrkrankenhauses geräumt. Im Oktober 2016 will das Institut einen Neubau am Klinikum Osnabrück beziehen.

1. **Ist sichergestellt, dass das Institut die verbliebenen Räume im ehemaligen Bundeswehrkrankenhaus bis zum Umzug in den Neubau nutzen kann?**
2. **Mit welchen Finanzmitteln fördert das Land im Jahr 2016 das Institut?**
3. **Welche Landesmittel sind in den Folgejahren zur Förderung des Instituts vorgesehen?**

39. **Wird die „Arbeitsgruppe Grundschulen“ zur Entlastung der Grundschulen beitragen?**

Abgeordnete Ulf Thiele und Kai Seefried (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Zeitschrift *E&W* der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Niedersachsen berichtet in ihrer Ausgabe vom 16. Januar 2016 über eine neue „Arbeitsgruppe Grundschulen“, die im Kultusministerium ihre Arbeit aufgenommen hat. Dem Artikel zufolge prüft sie, „welche Arbeiten von den Schulen auf die Behörde verlagert werden können und welche Arbeiten (Dokumentationen, Protokolle von Übergangsgesprächen) weniger arbeitsaufwändig gestaltet werden oder gar entfallen können.“

Einen Entschließungsantrag der CDU-Landtagsfraktion zur Stärkung der Grundschulen, in dem die Landesregierung aufgefordert wurde, „den Grundschulen die Möglichkeit zu eröffnen, einzelne Aufgaben, die ihnen im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule übertragen wurden, wieder an die Niedersächsische Landesschulbehörde zurück zu übertragen“, haben SPD und Grüne im Oktober 2014 abgelehnt (Drucksache 17/1626).

1. **Hat die von SPD und Grünen getragene Landesregierung ihre Meinung hinsichtlich der nötigen Entlastung der Grundschulen geändert, und gegebenenfalls warum?**
2. **Inwiefern sind Grundschullehrkräfte, -schulleitungen und an Schulen tätiges Verwaltungspersonal sowie andere Grundschulmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in die Arbeit der Arbeitsgruppe eingebunden?**
3. **Wann und in welcher Form wird die Arbeitsgruppe Ergebnisse vorlegen?**

40. Wie fördert die Landesregierung den Spitzensport in Niedersachsen?

Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Horst Kortlang, Dr. Stefan Birkner und Almuth von Below-Neufeldt (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Niedersachsens Sportlerinnen und Sportler erringen immer wieder großartige Erfolge, auf die wir gemeinsam stolz sind. Sie sind Repräsentanten des Landes.

Die Fokussierung auf den sportlichen Erfolg erfordert einen hohen Zeitaufwand. Das oftmals täglich durchgeführte Training erfordert überdurchschnittliche Selbstorganisation und Disziplin. Flexible Studienzeiten werden in diesem Zusammenhang besonders häufig gefordert, aber auch ein Studienplatz als solcher in dem Bundesland, für das der Sportler auftritt.

Auch für uns in Niedersachsen sind Spitzensportler ein wichtiges Aushängeschild.

- 1. Wie viele Leistungssportler werden aktuell durch das Land während des Studiums gefördert?**
- 2. Gibt es Bestrebungen der Landesregierung, Spitzensportler durch Kontingente an Studienplätzen zu fördern?**
- 3. Welche anderen Bundesländer haben solche Regelungen, und wie bewertet die Landesregierung diese Konzepte zur Förderung des Spitzensports?**

41. Wie teuer wäre die Wiedereinführung der Heilfürsorge für alle Polizeibeamtinnen und -beamten?

Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode, Christian Grascha und Björn Försterling (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Situation im Polizeidienst ist im Verhältnis zu anderen Beamtenverhältnissen in vielerlei Hinsicht eine Besondere. So sehen sich die Polizeibeamtinnen und Beamten anderen physischen wie psychischen Belastungen in ihrem Berufsalltag ausgesetzt.

Die Umstellung des Heilfürsorgesystems in Niedersachsen wird u. a. damit begründet, dass sie zu einer Gleichbehandlung der Beamtinnen und -beamten führe, eine Kostenersparnis mit sich bringe, sowie den Verwaltungsvollzug vereinfache.

- 1. Wie hoch wären die Kosten für eine Wiedereinführung des alten Heilfürsorgesystems?**
- 2. Gibt es Bestrebungen der Landesregierung, Änderungen am derzeitigen System vorzunehmen und, wenn ja, welche?**
- 3. Welche Bundesländer haben aktuell Regelungen zur freien Heilfürsorge, und wie bewertet die Landesregierung diese?**

42. Was hat das Sozialministerium dem Landkreis in Bezug auf den Windpark in Emmerthal angewiesen?

Abgeordnete Hermann Grupe, Dr. Gero Hocker und Christian Grascha (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Aufgrund der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung „Wurden beim Windpark in Emmerthal alle Vorgaben eingehalten?“ sind weitere Fragen aufgetreten.

- 1. Entspricht es der Tatsache, dass sich der Landkreis Hameln-Pyrmont aufgrund möglicher Sicherheitsbedenken bezüglich der Abstände des geplanten Windparks zum KKW**

Grohnde, dem dazugehörigen Zwischenlager sowie dem Umspannwerk und verschiedenen Hochspannungstrassen, welche in der Konzentrationsfläche B oder in ihrer unmittelbaren Nähe liegen, an das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung als übergeordnete Dienstbehörde wendete und, wenn ja, wann geschah dies, und welche Anweisungen wurden wann konkret erteilt?

2. Wird das Ministerium die gegebenenfalls erteilten Baugenehmigungen für jedes Windrad auf die Einhaltung der sicherheitstechnisch erforderlichen Abstände von WKA zu Freileitung und Umspannwerk überprüfen und bei Nichteinhaltung der Abstände die Baugenehmigungen nicht erteilen?
3. Sieht das Ministerium die Notwendigkeit, aus Sicherheitsgründen die Konzentrationsfläche B zur harten Tabuzone zu erklären, um jegliche Gefährdung des Stromnetzes, des Umspannwerks und des KKW Grohnde auszuschließen?

43. Erhalt der Schulvielfalt in Lüchow-Dannenberg

Abgeordnete Björn Försterling, Almuth von Below-Neufeldt, Sylvia Bruns, Christian Dürr und Jörg Bode (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg hat am 14. Dezember 2015 einen Prozess eingeleitet, dessen erklärtes Ziel es ist, am Standort Dannenberg eine Integrierte Gesamtschule (IGS) zu errichten. Da IGSen seit der Schulgesetznovelle 2015 andere Schulformen ersetzen können, befürchten Eltern und Schüler starke Nachteile, die sie in der Petition „für den Erhalt des Fritz-Reuter-Gymnasiums in Dannenberg (Elbe) und der vielfältigen Schullandschaft“ zum Ausdruck bringen. Sie befürchten u. a. die Schließung der Nicolas-Born-Oberschule in Dannenberg, der Bernhard-Varenius-Schule (Haupt- und Realschule) in Hitzacker und des Fritz-Reuter-Gymnasiums (FRG) in Dannenberg, da die prognostizierten Schülerzahlen eine zusätzlich IGS nicht zuließen, die IGS jedoch ersetzende Schulform ist. Darüber hinaus befürchten sie tägliche Wegzeiten zur Schule und zurück von über 150 Minuten plus Wartezeiten für all jene Schüler, die keine IGS besuchen wollen. Als problematisch werden auch die erhöhten Kosten der Schülerbeförderung bewertet, die in Niedersachsen ab der Oberstufe privat getragen werden und somit sowohl kommunale als auch private Haushalte belasten.

1. Wie bewertet die Landesregierung die Frage einer möglichen Gefährdung der differenzierten Schulvielfalt durch Einführung einer IGS am Standort Dannenberg vor dem Hintergrund der prognostizierten Schülerzahlen?
2. Welche Wegzeiten erwartet die Landesregierung für Schüler im Kreis Lüchow-Dannenberg, die bei einer Schließung der o. g. weiterführenden Schulen auf Kosten einer neuen IGS weiterhin ein Gymnasium, eine Oberschule, eine Hauptschule oder eine Realschule besuchen wollen?
3. Plant die Landesregierung die Übernahme der Schülerbeförderungskosten, wenn durch die Ersetzung von Gymnasien, Oberschulen und anderen Schulen durch IGSen die Beförderungskosten für Kommunen und Familien ansteigen und, wenn nicht, warum nicht?

44. Drei Jahre nach „Flaminia“: Wie beurteilt die Landesregierung die neuen Regeln für Nothäfen der Europäischen Kommission?

Abgeordnete Hillgriet Eilers, Gabriela König, Horst Kortlang, Jörg Bode und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die EU-Kommission hat, auf der Basis der Erfahrungen mit der „MSC Flaminia“ und auf Druck des Europäischen Parlaments, in Zusammenarbeit mit Reedern, Hafenverbänden und nationalen Aufsichtsbehörden neue Regeln für Nothäfen veröffentlicht. Alle relevanten Institutionen, wie das Havariekommando in Cuxhaven, waren an der Erarbeitung beteiligt. Niedersachsen hat, nachdem mehrere Häfen die Zuweisung eines Notliegeplatzes verweigert hatten, der brennenden „MSC Flaminia“ im Sommer 2012 einen Notliegeplatz im JadeWeserPort zugewiesen.

- 1. Wie bewertet die Landesregierung vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der Irrfahrt der „MSC Flaminia“ die neuen Regeln für Nothäfen bzw. die Präzisierung der europäischen Umsetzung der IMO-Richtlinien (GUIDELINES ON PLACES OF REFUGE FOR SHIPS IN NEED OF ASSISTANCE), wie sie von der EU-Kommission am 27. Januar 2016 (<http://ec.europa.eu/transport/modes/maritime/doc/declaration.pdf> in Verbindung mit <http://ec.europa.eu/transport/modes/maritime/digital-services/doc/por-operational-guidelines.pdf>) vorgestellt worden sind?**
- 2. Sind nach Auffassung der Landesregierung bei künftigen Schiffshavarien in der Nordsee die internationalen Verfahrensabläufe und die administrative Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten bzw. Anrainern der Nordsee so gut und eindeutig geregelt, dass einseitige nationale Abweisungen von Havaristen auf Notliegeplätze oder in Nothäfen ausgeschlossen werden können?**
- 3. Erkennt die Landesregierung noch Handlungsbedarf, um Verfahrensabläufe, Verantwortlichkeiten oder die „robuste“ Abwicklung von Havaristen zu optimieren bzw. zu beschleunigen?**

45. Wie steht die Landesregierung zum Gestüt Harzburg und zur Bedeutung des Pferdes für Niedersachsen?

Abgeordnete Almuth von Below-Neufeldt, Hermann Grupe, Gabriela König, Jan-Christoph Oetjen, Björn Försterling, Christian Dürr und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Das Gestüt Harzburg ist eine Einrichtung mit einer über 600-jährigen Tradition. Es besteht damit länger als die Spanische Hofreitschule in Wien. Es spielt dadurch bei der Wissensbewahrung rund um erfolgreiche Pferdezucht und Pferdehaltung eine bedeutende Rolle für Niedersachsen als Pferdeland. Integraler Bestandteil ist das Gestüt auch im Rahmen der traditionellen überregionalen Großveranstaltung Bad Harzburger Galopprennwoche. Sämtliche Gebäude und Außenanlagen des Gestüts stehen unter Denkmalschutz.

Beim Eigentümer des Gestüts Harzburg, der Nord/LB, gab es in jüngerer Vergangenheit Überlegungen, sich vom Gestüt zu trennen. Das Land Niedersachsen ist mit knapp 60 % der Anteile Mehrheitseigentümer der Nord/LB. Aufgrund des Artikels 72 der Niedersächsischen Verfassung ist das Land Niedersachsen verpflichtet, die überkommenen heimatgebundenen Einrichtungen der ehemaligen Länder Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe im Sinne des heimatlichen Interesses zu bewahren.

- 1. Welche Studien bezüglich der Bedeutung des Pferdes als Wirtschaftsfaktor sind der Landesregierung bekannt, und welche Bedeutung hat das Pferd als Wirtschaftsfaktor demnach für Niedersachsen?**
- 2. Welche Bedeutung hat nach Auffassung der Landesregierung das Gestüt Harzburg für Niedersachsen als Pferdeland?**

3. **Ergibt sich nach Auffassung der Landesregierung aus Artikel 72 der Niedersächsischen Verfassung eine Pflicht des Landes Niedersachsen, sich - auch im Rahmen seiner Beteiligung an der Nord/LB - für die Erhaltung des Gestüts Harzburg als Einrichtung des ehemaligen Landes Braunschweig einzusetzen, wenn ja, wie hat das Land dieses in der Vergangenheit getan, und wie wird es dieses in der Zukunft tun?**

46. Soll das Kitesurfen im Wattenmeer verboten werden?

Abgeordnete Horst Kortlang, Dr. Gero Hocker, Hillgriet Eilers, Gabriela König und Christian Dürr (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Der BUND Schleswig-Holstein fordert eine Reglementierung des Kitesurfens im Wattenmeer. Nach Auffassung des Umweltverbands stören die Kitesurfer die Vogelwelt im Nationalpark Wattenmeer. Ein Teil des Nationalparks gehört auch zu Niedersachsen.

1. **Wie bewertet die Landesregierung die Forderung des BUND, das Kitesurfen im Wattenmeer zu reglementieren?**
2. **Teilt die Landesregierung die Befürchtung des Kitesurfverbandes, dass ein generelles Verbot des Kitesurfens im Wattenmeer drohen könnte?**
3. **Wie schätzt die Landesregierung die aktuelle und die zukünftige Bedeutung des Kitesurfens für den Tourismus in Niedersachsen ein?**

47. Sieht die Landesregierung den bundesweiten Feldversuch mit Lang-Lkw weiterhin kritisch?

Abgeordnete Gabriela König, Jörg Bode, Christian Dürr, Hillgriet Eilers, Dr. Stefan Birkner, Sylvia Bruns, Björn Försterling, Dr. Marco Genthe, Christian Grascha, Hermann Grupe, Dr. Gero Hocker, Horst Kortlang, Jan-Christoph Oetjen und Almuth von Below-Neufeldt (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Landesregierung bewertete den bundesweiten Feldversuch mit Lang-Lkw im Jahr 2013 kritisch (Koalitionsvereinbarung Seite 63). In einer Mitteilung vom 21. Januar 2016 warnt Verkehrsminister Lies aber davor, den bundesweiten Feldversuch „vorzeitig totzureden“ (PI MW vom 21. Januar 2016). Mit der Pressemitteilung bezieht sich Minister Lies auf Äußerungen des Vorsitzenden des Bundestagsverkehrsausschusses, MdB Martin Burkert (SPD).

1. **Vor dem Hintergrund der kritischen Bewertung des „Gigaliner-Experiments“ in der Koalitionsvereinbarung und der Pressemitteilung der Landesregierung „Lang-Lkw nicht vorzeitig totzureden“, insbesondere die Hinweise 1 bis 4: Welcher Erkenntnisgewinn hat in den letzten drei Jahren bei der Landesregierung in Fragen des Einsatzes von Lang-Lkw stattgefunden?**
2. **Was spricht für und was spricht gegen die Behauptung von MdB Martin Burkert (SPD), dass ein Regelbetrieb mit Lang-Lkw die „falsche Weichenstellung im Güterverkehr“ wäre (Verkehrsrundschau vom 21. Januar 2016)?**
3. **Auf welcher Grundlage basiert die Einschätzung von Minister Lies, dass er bei dem bundesweiten Feldversuch zum Abschluss Ende dieses Jahres ein durchaus positives Ergebnis erwarte (Verkehrsrundschau vom 21. Januar 2016)?**

48. „Legal Highs“ weiter auf dem Vormarsch?

Abgeordnete Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling, Christian Dürr, Jörg Bode, Dr. Marco Genthe und Christian Grascha (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In den letzten Jahren hat sich in Deutschland der Konsum von sogenannten „Legal Highs“ etabliert. Hierbei handelt es sich um vermeintlich legale Rauschmittel, die als Kräutermischungen, Räucher-mischungen oder etwa als Badesalze angeboten werden. Die Produkte werden dabei primär über das Internet oder in Headshops vertrieben.

Bei „Legal Highs“ handelt es sich überwiegend um Substanzen aus der pharmazeutischen For-schung. So gibt es etwa mittlerweile eine Vielzahl von synthetischen Cannabinoiden, die nicht unter das Betäubungsmittelgesetz fallen. Dennoch entfalten sie eine ähnliche Wirkung wie Can-nabinoide in Marihuana oder Haschisch. Darüber hinaus gibt es „Badesalze“, die hauptsächlich aus synthetischen amphetaminähnlichen Stoffen bestehen und dementsprechend auch einen ampe-taminähnlichen Rauschzustand auslösen. Die Nebenwirkungen dieser Produkte können zuweilen lebensgefährliche Gesundheitszustände auslösen.

Zuletzt berichtete hierzu die HAZ am 26. Januar 2016 unter der Überschrift: „16 Verletzte nach Konsum von Drogen - Frau nach Konsum von ‚Legal Highs‘ in Lebensgefahr“.

1. **In welchem Umfang sind gesundheitliche Störungen bekannt geworden, die auf die Verwendung neuer synthetischer Drogen in Niedersachsen zurückzuführen sind?**
2. **Wie schätzt die Landesregierung die Möglichkeit ein, den Gefahren neuer synthetischer Drogen mittels einer Stoffgruppenregelung im Betäubungsmittelgesetz entgegenzutreten?**
3. **Was unternimmt die Landesregierung, um auf die Gefährlichkeit von „Legal Highs“ hin-zuweisen?**

49. Sondererlaubnis für Edeka und Tengelmann: Bleiben Verbraucher, Landwirte, Wettbewerb und Marktwirtschaft auf der Strecke?

Abgeordnete Jörg Bode, Hermann Grupe, Gabriela König, Jan-Christoph Oetjen und Horst Kortlang (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Fusion von Edeka und Kaiser's Tengelmann beschäftigt seit Monaten Behörden und Politik. Anfang April 2015 hat das Kartellamt die Übernahme von 451 Tengelmann-Supermärkten durch Edeka untersagt. Ende April 2015 beantragten die beiden Lebensmittelhandelskonzerne eine Mi-nistererlaubnis. Im August 2015 kam die Monopolkommission zu dem Schluss, dass die Gemein-wohlvorteile die mit der Fusion einhergehenden Wettbewerbsbeschränkungen nicht aufwiegen. Die Monopolkommission riet Bundeswirtschaftsminister Gabriel davon ab, eine Ministererlaubnis zu er-teilen.

Seit Oktober 2015 wird eine Ministererlaubnis erwartet, und im Januar 2016 stellte Bundeswirt-schaftsminister Gabriel unter Auflagen eine Ministererlaubnis für die Fusion in Aussicht. Seitdem reißt die Kritik an dieser Vorentscheidung nicht ab, und der Mitbewerber Rewe, der ebenfalls und freiwillig den Erhalt der 16 000 Arbeitsplätze zugesagt hat, kündigt bereits eine Klage gegen eine sich abzeichnende Ministererlaubnis an.

Zu den Kritikern einer Fusion von Edeka und Tengelmann zählen die beiden genannten Behörden, Juristen, Verbraucherschützer, Bauernverbände sowie Wirtschaftsforscher und Wirtschaftsjourna-listen.

Hauptkritikpunkte sind eine Verschlechterung des Wettbewerbs (u. a. bei der Preisbildung und im Angebot) bzw. eine Marktkonzentration bei Edeka (u. a. Intensivierung des Verdrängungswette-berws im Lebensmitteleinzelhandel), langfristig negative Effekte für die Arbeitsplatzsicherheit bei

Edeka aufgrund von Überschneidungseffekten der Supermarktfilialen, Wertschöpfungsverluste in der Landwirtschaft (Erzeugerpreis versus Verbraucherpreis), negative Auswirkungen auf das Kartellrecht sowie eine Schwächung der Verbrauchermacht durch Reduzierung der Einkaufsalternativen vor Ort.

1. **Wie beurteilt die Landesregierung die sich abzeichnende Fusion von Edeka und Tengelmann und die damit einhergehende Marktkonzentration im Lebensmitteleinzelhandel insbesondere unter den Gesichtspunkten Wettbewerb, Preisbildung und Marktmacht aus Sicht von Verbrauchern und Herstellern respektive Landwirten?**
2. **Hat die Landesregierung beim Bundeswirtschaftsminister in irgendeiner Form in dieser Sache und im Sinne der Landwirte und Verbraucher interveniert, oder beabsichtigt sie, dies in den kommenden Tagen oder Wochen zu tun?**
3. **Welchen Stellenwert haben ein fairer Wettbewerb in der sozialen Marktwirtschaft sowie eine Stärkung der Verbraucher- und Erzeugermacht gegenüber der Marktmacht einiger riesiger Handelskonzerne bei der Landesregierung?**

50. Liegen die Gründe für die Verzögerungen bei der Bewertung von Nutztierrißen beim Senckenberg-Institut oder beim Umweltministerium? (Teil 1)

Abgeordnete Dr. Gero Hocker, Hermann Grupe, Horst Kortlang, Jörg Bode, Jan-Christoph Oetjen, Dr. Marco Genthe und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Umweltstaatssekretärin Almut Kottwitz räumte im Zuge einer Pressekonferenz zum sechsmonatigen Bestehen des Wolfsbüros ein, dass „die Auswertung der DNA-Spuren an den gerissenen Tieren noch schneller werden müsse“. Laut NDR liegen „seit Mitte November keinerlei Ergebnisse über mögliche Verursacher der verendeten oder getöteten Nutztiere vor“. Nach der offiziellen Tabelle über Nutztierrisse des NLWKN warten momentan (Stand 2. Februar 2016) Nutztierhalter in 57 Fällen auf eine Beurteilung ihrer Risse. Der älteste Fall stammt vom 22. April 2015.

Der Fachbereichsleiter des Senckenberg-Labors für Wildtiergenetik, Dr. Carsten Nowak, meinte dazu, dass alle aus Niedersachsen beauftragten Rissproben kurzfristig bearbeitet worden seien und die Ergebnisse in der Regel bereits nach wenigen Tagen vorlägen. Nowak stellte gegenüber dem NDR klar, dass es seit Monaten keine Verzögerungen bei den genetischen Untersuchungen gegeben habe.

1. **Wie bewertet die Landesregierung die Aussagen von Dr. Carsten Nowak?**
2. **Was meint das Umweltministerium in diesem Zusammenhang konkret mit „Gesamtprozess“, und wo genau sieht die Landesregierung konkreten Optimierungsbedarf, wenn es im Senckenberg-Institut seit Monaten keine Verzögerungen mehr gab?**
3. **Wie lange dauert es bei normalem Verlauf durchschnittlich, bis ein Wolf als Verursacher eines Risses nachgewiesen wurde?**

51. Liegen die Gründe für die Verzögerungen bei der Bewertung von Nutztierrißen beim Senckenberg-Institut oder beim Umweltministerium? (Teil 2)

Abgeordnete Dr. Gero Hocker, Horst Kortlang, Hermann Grupe, Jörg Bode, Jan-Christoph Oetjen, Dr. Marco Genthe und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Umweltstaatssekretärin Almut Kottwitz räumte im Zuge einer Pressekonferenz zum sechsmonatigen Bestehen des Wolfsbüros ein, dass „die Auswertung der DNA-Spuren an den gerissenen Tieren noch schneller werden müsse“. Laut NDR liegen „seit Mitte November keinerlei Ergebnisse über mögliche Verursacher der verendeten oder getöteten Nutztiere vor“. Nach der offiziellen

Tabelle über Nutztierrisse des NLWKN warten momentan (Stand 2. Februar 2016) Nutztierhalter in 57 Fällen auf eine Beurteilung ihrer Risse. Der älteste Fall stammt vom 22. April 2015.

Der Fachbereichsleiter des Senckenberg-Labors für Wildtiergenetik, Dr. Carsten Nowak, meinte dazu, dass alle aus Niedersachsen beauftragten Rissproben kurzfristig bearbeitet worden seien und die Ergebnisse in der Regel bereits nach wenigen Tagen vorlägen. Nowak stellte gegenüber dem NDR klar, dass es seit Monaten keine Verzögerungen bei den genetischen Untersuchungen gegeben habe.

1. **Woran liegt es konkret, dass Risse bis teilweise aus dem April 2015 (Quelle Nutztierrisstabelle des NLWKN, http://www.wildtiermanagement.com/wildtiere/haarwild/wolf/nutztierrisse_karte/, Stand 02.02.2016) bis heute nicht bearbeitet sind?**
2. **Wie alt darf ein Riss höchstens sein, um seriös als Wolfsriss erkannt werden zu können?**
3. **Bei welchen konkreten Rissen aus den Jahren 2014 und 2015 gab es Verzögerungen durch das Senckenberg-Institut (bitte Dauer der Verzögerung angeben), und wie erklärt die Landesregierung jeweils die Verzögerungen bei den übrigen Rissen, deren Bewertung länger dauerte als normal (auch hier bitte Grund und Dauer der Verzögerungen angeben)?**

52. Statistische Unterrichtsversorgung und Abdeckung des Pflichtunterrichts

Abgeordnete Björn Försterling, Almuth von Below-Neufeldt, Sylvia Bruns, Christian Dürr, Jan-Christoph Oetjen und Jörg Bode (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im Rahmen der Beantwortung der Dringlichen Anfrage der FDP-Fraktion „Wie sieht die Unterrichtsversorgung aktuell in Niedersachsen aus?“ führte Kultusministerin Frauke Heiligenstadt am 21. Januar 2016 aus: „Wie Sie wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist der Pflichtunterricht an anderen Schulformen bereits bei niedrigeren Werten sichergestellt. So kann beispielsweise bei einer durchschnittlichen Integrierten Gesamtschule der Pflichtunterricht bereits bei einem Versorgungswert von gut 70 % sichergestellt werden - 70 %! Wenn man dann noch die Zusatzbedarfe vollständig abdecken will, reicht eine Versorgung von 96 % gut aus, um auch diesen Pflichtunterricht einschließlich der Zusatzbedarfe sicherzustellen. Die weiteren Lehrkräfte-Sollstunden, die notwendig sind, um den Wert von 100 % zu erreichen, sind sogenannte Poolstunden, die an den Schulen flexibel eingesetzt werden können.“

1. **Woraus ergeben sich die Differenzen der einzelnen Schulformen bei der Abdeckung des Pflichtunterrichts?**
2. **Wird bei Stellenzuweisungen durch die Landesregierung an Schulen der zu erreichende Zielwert von 100 % inklusive Zusatzbedarf zugrunde gelegt oder die Abdeckung des Pflichtunterrichts?**
3. **Inwieweit unterscheiden sich die Schulformen im Hinblick auf die ihnen zustehenden Funktionsstellen und die für diese zur Verfügung gestellten Anrechnungsstunden?**

53. Inwieweit unterstützt die Landesregierung Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft?

Abgeordnete Almuth von Below-Neufeldt, Christian Grascha, Sylvia Bruns, Christian Dürr, Björn Försterling, Gabriela König und Jörg Bode (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat aufgezeigt, dass die staatliche Beteiligung an Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen der Wirtschaft in Deutschland seit 1981 kontinuierlich von 16,9 % auf 4,4 % zurückgegangen ist. Der deutsche Staat investiert demzufolge 0,08 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung der Wirtschaft, während Staaten wie Südko-

rea, Frankreich, Ungarn, Österreich und die USA einen mehr als doppelt so hohen Anteil investieren. Der Großteil der OECD-Staaten fördert Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft dabei über steuerliche Anreize, die es in Deutschland ausweislich von OECD und IW nicht gibt. Das IW kritisiert, dass „sich die staatliche Forschungsförderung in Deutschland zunehmend auf den Wissenschaftssektor - also auf Hochschulen, außeruniversitäre Forschungsinstitute und bundeseigene Forschungseinrichtungen“ konzentrierte (*iw-dienst*, 7. Januar 2016).

1. **Mit welchen Maßnahmen unterstützt das Land Niedersachsen forschende Unternehmen jenseits von Hochschulen und Universitäten?**
2. **Welche weiteren, konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung zur Entlastung forschender Unternehmen in Niedersachsen?**
3. **Inwiefern und mit welchen Maßnahmen setzt sich das Land Niedersachsen für die Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft ein?**

54. Datenschutz: In welcher Form hat der Innenminister das LKA Niedersachsen zur Aktivität aufgefordert?

Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Jan-Christoph Oetjen, Dr. Marco Genthe und Jörg Bode (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Aus der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Nr. 30 des Januar-Plenums) ist ersichtlich, dass Minister Pistorius ein persönliches Gespräch mit der Landesbeauftragten für Datenschutz geführt hat. Es wird ferner ausgeführt, dass in der Folge das Landeskriminalamt beauftragt wurde, zeitnah weitere Gespräche auf Arbeitsebene mit der Landesbeauftragten für Datenschutz zu führen.

1. **Wann genau und wie wurde das LKA Niedersachsen durch den Minister beauftragt, auf Fachebene zeitnah Kontakt mit dem seinerzeitigen Landesbeauftragten für Datenschutz aufzunehmen?**
2. **Wann und in welcher Form hat das LKA Niedersachsen mit dem LfD Kontakt aufgenommen, um die datenschutzrechtlichen Mängel zu besprechen? Bitte die einzelnen Gespräche und Maßnahmen des Dialoges zwischen dem LKA und der LfD auflisten und die jeweiligen Ergebnisse kurz skizzieren.**
3. **In welcher Art und Weise hat sich das Innenministerium bzw. der Innenminister an diesem Dialog zur Mängelbeseitigung beteiligt? Bitte ebenfalls die einzelnen Gespräche und Maßnahmen auflisten und die jeweiligen Ergebnisse kurz skizzieren.**

55. Wie wurde das Verwaltungsabkommen zwischen Niedersachsen und der Freien und Hansestadt Bremen über den Betrieb einer gemeinsamen Telekommunikationsüberwachungsanlage aktualisiert?

Abgeordnete Christian Grascha, Dr. Stefan Birkner, Jan-Christoph Oetjen, Jörg Bode und Dr. Marco Genthe (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Aus der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Nr. 30 des Januarplenums) geht hervor, dass Grundlage für die Kooperation des Landes Niedersachsen mit der Freien Hansestadt Bremen zum Betrieb einer gemeinsamen Telekommunikationsüberwachungsanlage ein am 1. Januar 2008 in Kraft getretenes bilaterales Verwaltungsabkommen ist. Ausweislich der Stellungnahme der Landesregierung zum XXI. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz (LfD) ging zum 22. Oktober 2012 eine grundlegend modernisierte TKÜ-Anlage in Betrieb. Auf diese modernisierte TKÜ-

Anlage beziehen sich auch die von der LfD festgestellten und im XXII. Tätigkeitsbericht aufgeführten 44 datenschutzrechtlichen Mängel (vgl. hierzu XXII. Tätigkeitsbericht der LfD, S. 27-29).

1. **Wurde das Verwaltungsabkommen vom 1. Januar 2008 zwischen Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen mit Blick auf die grundlegend neue Technik der TKÜ-Anlage aktualisiert, um insbesondere die datenschutzgerechte Verarbeitung der personenbezogenen Daten sicherzustellen? Wenn ja, bitte die wesentlichen geänderten Vertragsregelungen skizzieren, die sich mit dem Thema Datenschutz befassen.**
2. **Wenn das Verwaltungsabkommen aus dem Jahr 2008 nicht aktualisiert bzw. angepasst wurde: Warum hält die Landesregierung das alte Verwaltungsabkommen für ausreichend, und welche datenschutzrechtlichen Regelungen enthält dieses alte Abkommen?**
3. **Wie ist die Kooperation zwischen Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen unter dem Gesichtspunkt des Datenschutzes einzuordnen? Liegt bei der alten bzw. neuen laufenden Anlage eine Auftragsdatenverarbeitung oder eine sogenannte Funktionsübertragung vor, wenn das LKA Niedersachsen einen TKÜ-Fall der Freien Hansestadt Bremen bearbeitet (vgl. hierzu den XXI. Tätigkeitsbericht der LfD, S. 108)?**

56. Wie werden die Ermittlungen der Polizei reduziert?

Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Jan-Christoph Oetjen, Jörg Bode, Dr. Marco Genthe, Dr. Gero Hocker und Christian Dürr (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Laut Medienberichten vom 4. Februar 2016 (u. a. *NOZ* und *rundblick*) sollen Ermittlungen bei sogenannten Bagatelldelikten reduziert werden. Hierunter fallen Delikte wie Diebstähle, Sachbeschädigung oder auch Schwarzfahren.

Daraufhin kritisierte das Innenministerium, dass der Eindruck erweckt werde, es werde generell nicht mehr intensiv ermittelt. Die *NOZ* beruft sich auf ein internes Polizeipapier und zitiert hieraus „Temporäre Zurückstellung und Reduzierung von Maßnahmen in nicht priorisierten Aufgabenbereichen“.

Das Ministerium behauptet laut einem Bericht der *NOZ* vom 6. Februar 2016, es gebe im Papier keine Aussage zu Bagatelldelikten oder vermindertem Ermittlungsaufwand. In dem Gespräch mit Landespolizeipräsident Binias ging es laut *NOZ* vom 6. Februar 2016 jedoch explizit um die Reduzierung des Ermittlungsaufwandes bei kleinen Delikten.

1. **Welchen Inhalt hat das angesprochene Papier tatsächlich?**
2. **Welche Delikte werden als „kleine“ Delikte eingestuft?**
3. **Wie hoch war die Anzahl der betroffenen Delikte in den Jahren 2014, 2015 sowie im Januar 2016?**

57. Besenderung von Wölfen in Munster (Teil 1)

Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner, Dr. Gero Hocker und Jörg Bode (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Aus der Besenderung zweier Wölfe in Munster ergeben sich einige Nachfragen.

1. **Können die besenderten Tiere bereits selbständig Beutetiere reißen?**
2. **Wie lange senden die verwendeten Sender normalerweise?**
3. **Müssen weitere Tiere besendert werden?**

58. Besenderung von Wölfen in Munster (Teil 2)

Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner, Dr. Gero Hocker und Jörg Bode (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Aus der Besenderung zweier Wölfe in Munster ergeben sich einige Nachfragen.

1. **Sind die besenderten Wölfe aus dem Munsteraner Rudel schon geschlechtsreif, und suchen sie sich neue Territorien oder sind sie standorttreu?**
2. **Gelten Wölfe, die heimische Arten wie beispielsweise das reinrassische europäische Muffelwild in der Göhrde verdrängen, dort als invasive Art?**
3. **Gilt ein Wolf, der gelernt hat, dass Weidevieh einfacher zu erbeuten ist als Wildtiere, als auffällig, oder ist dies Ergebnis der natürlichen Evolution und somit hinzunehmen?**

59. „Peinliches Bemühen um Standortmarketing für Wilhelmshaven“ - Ist Minister Wenzel der bessere Hafenminister?

Abgeordnete Hillgriet Eilers, Jörg Bode, Gabriela König und Christian Dürr (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Der Ausfall der Ruderanlage des Containerschiffes „CSCL Indian Ocean“ wurde von den Ministern Lies und Wenzel für die Bewerbung des Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven genutzt. Minister Lies erntete Unverständnis bei seinem Amtskollegen aus Bremen, der dies in folgende Worte fasste: „Es ist ein eher peinliches Bemühen, mit dem Ausfall der Ruderanlage bei einem Großcontainerschiff Standortmarketing für Wilhelmshaven machen zu wollen“ (*Weser Kurier*, 06.02.2016).

Am 9. Februar 2016 gab Minister Wenzel ein ausführliches Radiointerview zur Havarie des gleichen Containerschiffes (<http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Wenzel-Weniger-Laenderegismus-mehr-Hafenkooperation,wenzel302.html>). Er führte aus, dass „Länder-Egoismen“ bisher eine große Rolle spielten und jeder seinen Fluss einzeln ausgebaggert habe.

1. **Vor dem Hintergrund, dass Hafenminister Lies den Versuch unternommen hat, den Tiefwasserhafen Wilhelmshaven auf Kosten des Hamburger Hafens zu bewerben: War der Vorstoß von Minister Lies ein konstruktiver Beitrag, um eine zukünftige Kooperation der deutschen Seehäfen an der Deutschen Bucht voranzubringen?**
2. **Vor dem Hintergrund, dass Minister Wenzel Konsequenzen aus der Havarie des Containerschiffes auf der Elbe gefordert hat: Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus der Havarie des Containerschiffes auf der Unterelbe?**
3. **Vor dem Hintergrund, dass beide Minister auf unterschiedliche Arten auf die Vorteile eines tideunabhängigen Tiefwasserhafens aufmerksam gemacht haben und weitere Havarien auf deutschen Seewasserstraßen jederzeit erfolgen können: Wann ist mit ersten Gesprächen zwischen den Hafenbetreibern aus Bremen, Bremerhaven, Hamburg und Niedersachsen zu rechnen?**

60. Was machen die Branchendialoge mit den niedersächsischen Schlüsselindustrien?

Abgeordnete Gabriela König, Jörg Bode und Hillgriet Eilers (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In der Koalitionsvereinbarung (Seite 57) wurde vor drei Jahren im Kapitel Industriepolitik die regelmäßige Durchführung von Branchendialogen mit den Schlüsselindustrien angekündigt.

1. **Welche Industriezweige oder -bereiche zählen aus Sicht der Landesregierung zu den Schlüsselindustrien und welche nicht?**

2. Wann und wie oft wurden die Branchendialoge mit den identifizierten Schlüsselindustrien jeweils geführt?
3. Welche strategischen Ziele und Umsetzungsmaßnahmen sind mit den jeweiligen Schlüsselindustrien in den vergangenen drei Jahren entwickelt und welche sind bereits umgesetzt worden?

61. Wie kam es zu der Abordnung des Dezernatsleiters Ordnung, Bauen und Umwelt des Landkreises Osterholz zum Referatsleiter 44 im MW?

Abgeordnete Christian Dürr, Jan-Christoph Oetjen und Dr. Gero Hocker (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 14. Januar 2016 berichtete der *rundblick* über die Abordnung des leitenden Kreisverwaltungsleiters aus dem Landkreis Osterholz an das MW. Der neue Referatsleiter im MW ist Jurist und politisch für die SPD tätig: „Für mich war klar, dass ich in die SPD gehöre“ (<https://richardeckermann.wordpress.com/ueber-mich/>). Der neue Referatsleiter im MW war jahrelang Dezernatsleiter beim Landkreis Osterholz für die Bereiche Ordnung, Bauen und Umwelt. Er kommt somit aus dem gleichen Landkreis wie der Chef der Staatskanzlei, Dr. Jörg Mielke. Herr Dr. Mielke war ebenfalls jahrelang Dezernent des Bereichs Bauen und Umwelt und ist ungefähr mit dem Diensteintritt von Herrn E. beim Landkreis Osterholz im Jahr 2005 Landrat geworden. Er muss demnach jahrelang der Vorgesetzte des neuen Referatsleiters im MW gewesen sein.

Im Zusammenhang mit der verheerenden Explosion in Ritterhude, Landkreis Osterholz, ist seit über vier Monaten die Beantwortung der Anfrage „Welche Sachverhalte hat der Landrat des LK Osterholz wann und in welchem Umfang im Zusammenhang mit dem Tanklager in Ritterhude geprüft?“ durch die Landesregierung offen. Die dort gestellten Fragen betreffen den unmittelbaren Verantwortungsbereich von Herrn E. Im Rahmen der Berichterstattung zum Unglück in Ritterhude hat sich Herr E. auch in der Presse geäußert (http://www.weser-kurier.de/region/osterholzer-kreisblatt_artikel,-Landkreis-weist-Mitverantwortung-zurueck-_arid,939429.html).

1. Wie ist das Ausschreibungs- und Besetzungsverfahren der Stelle des Referatsleiters 44 sowie der dafür erforderlichen Versetzung des bisherigen Referatsleiters in das Referat 30 (Industrie- und Technologiepolitik) im MW in Form, Frist und Anzahl der Mitbewerberinnen/Mitbewerber konkret abgelaufen?
2. Welche Gründe haben die Versetzung des bisherigen Referatsleiters anstelle der Ausschreibung der Leitung des inzwischen von ihm übernommenen Referates notwendig gemacht, und welche besonderen fachlichen Kompetenzen bzw. Kenntnisse hatte er für den Aufgabenbereich seines neuen Referates vorzuweisen?
3. Vor dem Hintergrund der verheerenden Explosion in Ritterhude: In welcher Eigenschaft, wann und wie war Herr E. in seiner mehrjährigen Tätigkeit beim Landkreis Osterholz gegebenenfalls mit dem Chemiebetrieb Organo Fluid dienstlich beschäftigt?

62. Nach welchen Kriterien verwendet die Landesregierung wissenschaftliche Erkenntnisse?

Abgeordnete Horst Kortlang und Almuth von Below-Neufeldt (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Landesregierung hat in einer Unterrichtung vom 29. Januar 2016 (Drucksache 17/5078) auf den Beschluss des Landtages vom 16. Juli 2015 erklärt, den Einsatz der Fracking-Technologie in unkonventionellen Lagerstätten in Niedersachsen abzulehnen. Begründet wurde dies mit Verweis auf die Aussagen unterschiedlicher wissenschaftlicher Gutachten. Die Gutachten werden von der Landesregierung nicht benannt. Es gibt zahlreiche nationale wie internationale Studien (z. B. UBA 2, Acatech, NIKO 2), welche zu einem positiven Ergebnis in Bezug auf die Anwendung der Fracking-Technologie in unkonventionellen Lagerstätten kommen. Die Studie des Umweltbundesamtes (UBA 2) zeigt auf, dass die Verwendung der Fracking-Technologie unter bestimmten Vo-

raussetzungen absolut beherrschbar sei, und empfiehlt wissenschaftlich begleitete Erprobungsmaßnahmen zur Gewinnung weiterer Erkenntnisse. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Acatech Studie. Ein generelles Verbot von Hydraulic Fracturing in unkonventionellen Lagerstätten sei auf Basis wissenschaftlicher und technischer Fakten nicht begründet, und die Technik könne unter strengen Sicherheitsstandards verwendet werden.

1. **Ist der Landesregierung die Studie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) mit dem Titel „Schieferöl und Schiefergas in Deutschland, Potenziale und Umweltaspekte“ vom Januar 2016 bekannt (http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Downloads/Abschlussbericht_13MB_Schieferoelgaspotenzial_Deutschland_2016.pdf?__blob=publicationFile&v=5)? Wenn ja: In welcher Form wurden die Ergebnisse dieser Studie bei der Positionsfindung der Landesregierung berücksichtigt?**
2. **Liegt der Landesregierung die Studie der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften mit dem Titel „Hydraulic Fracturing, Eine Technologie in der Diskussion“ vom Juli 2015 (http://www.acatech.de/fileadmin/user_upload/Baumstruktur_nach_Website/Acatech/root/de/Publikationen/Stellungnahmen/acatech_Hydraulic_Fracturing_WEB.pdf) vor? Wenn ja: In welcher Form wurden die Ergebnisse dieser Studie bei der Positionsfindung der Landesregierung berücksichtigt?**
3. **Ist der Landesregierung die Studie des Umweltbundesamtes mit dem Titel „Umweltauswirkungen von Fracking bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas insbesondere aus Schiefergaslagerstätten“ vom Juni 2014 (http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_53_2014_umweltauswirkungen_von_fracking.pdf) bekannt? Wenn ja: In welcher Form wurden die Ergebnisse dieser Studie bei der Positionsfindung der Landesregierung berücksichtigt?**

63. Industrialisierung, De-Industrialisierung oder Re-Industrialisierung: Wie kann sich Niedersachsen im internationalen Wettbewerb behaupten?

Abgeordnete Jörg Bode, Gabriela König und Hillgriet Eilers (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 8. Januar 2016 fand unter Leitung von Wirtschaftsminister Lies der erste Stahldialog statt. Die Erkenntnisse sind, dass es „fünf vor Zwölf“ sei und die „Stahlindustrie in ihrer Existenz gefährdet“ (PI des MW vom 8. Februar 2016) sei. Es gebe „Anlass zu größter Sorge“ und das Jahr 2016 sei ein Schicksalsjahr für die europäische Stahlindustrie. Von den Vertretern der Wirtschaftsseite wie auch von der IG Metall wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sich die Problematik aber nicht auf die Stahl- oder Grundstoffindustrien beschränke. Es stelle sich generell die Frage, wie sich die Industrie in Deutschland und Europa im internationalen Wettbewerb behaupten könne.

1. **Vor dem Hintergrund, dass das MW „mit Sorge die Vorschläge der Europäischen Kommission zur künftigen Ausgestaltung des EU-Emissionsrechtshandels“ sieht, weil sie „für die Stahlindustrie in Niedersachsen existenzgefährdend sein“ können (Gemeinsame Erklärung zum Stahldialog 2016, Seite 2): Was unternimmt die Landesregierung auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene, um die Existenzgefährdung der heimischen Grundstoffindustrie sowie der energieintensiven Industrien in Niedersachsen bis zur Sommerpause spürbar abzubauen?**
2. **Vor dem Hintergrund der Drucksache 17/5030, hier Antwort von Minister Wenzel auf Frage 42 (Seiten 83 bis 86) und der Tatsache, dass bei dem Klimaabkommen von Paris für die Vertragsstaaten keine verbindlichen und vergleichbaren Klimaziele festgelegt worden sind: Wird das Integrierte Energie- und Klimaschutzprogramm Niedersachsen für Erleichterungen z. B. im Sinne einer Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Stahlindustrie beitragen oder eher für weitere Wettbewerbsnachteile der heimischen Stahlindustrie sorgen?**
3. **Vor dem Hintergrund der Aussage „Es wäre ein Treppenwitz, wenn die Umweltpolitik der EU den heimischen Stahlstandorten den Todesstoß versetzt und damit am Ende**

sogar der Umwelt schadet“ (PI des MW vom 8. Februar 2016): Nach welchen industriepolitischen Grund- oder Leitsätzen arbeitet die Landesregierung insbesondere in der Umweltpolitik, um den Industriestandort Niedersachsen attraktiv zu halten?

64. Wieso wird der Strom immer teurer, während der Börsenpreis sinkt?

Abgeordnete Sylvia Bruns, Dr. Gero Hocker und Gabriela König (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Preise für Börsenstrom waren 2015 in Deutschland so niedrig wie zuletzt im Jahr 2004. Eine Kilowattstunde kostete im vergangenen Jahr durchschnittlich 3,17 Cent. Diese Entwicklung sinkender Börsenstrompreise besteht schon seit 2011.

1. **Wie bewertet die Landesregierung das stetige Auseinanderdriften zwischen dem Börsenpreis für Strom und der EEG-Umlage?**
2. **Wird der Börsenpreis nach Auffassung der Landesregierung durch den Zubau weiterer Anlagen Erneuerbarer Energien in Zukunft weiter sinken, und welche Folgen hat dies für den Strompreis, wenn sich gleichzeitig die EEG-Umlage durch den Zubau erhöht?**
3. **Wie viel hat der Zukauf von Strom aus dem Ausland die deutschen Stromkunden im vergangenen Jahr gekostet?**